

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergrößte Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Anzeigebriefe für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 96.

Donnerstag, den 25. April 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rüstet zur Maifeier!

Nur noch wenige Tage trennen uns vom 1. Mai, den das internationale Proletariat gemäß dem Beschlusse des Internationalen Kongresses zu Paris im Jahre 1889 als Weltfeiertag begehrt.

Die Maifeier hat bereits ihre wechselvolle Geschichte. Und gerade angesichts der heutigen Situation, angesichts des Aufstufes des Parteivorstandes und der an ihm geübten Kritik ist es am Platze, kurz dieser Geschichte der Maifeier zu gedenken.

Die Maifeier war durch den Pariser Beschluß keineswegs als eine durch Arbeitsruhe zu begehrende Demonstration festgelegt. Er besagte vielmehr: „Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebungen in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.“ Erst der Internationale Kongreß zu Brüssel beschloß den Zusatz, daß die Sozialdemokratie jedes Landes die Pflicht habe, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben.

In Deutschland kam es im Jahre 1890 wegen der Frage der Arbeitsruhe zu Differenzen. Die sogenannten „Jungen“ erhoben die Anklage, die Fraktion habe mit ihrer durch die Ungunst der wirtschaftlichen und politischen Lage motivierten Warnung vor der Arbeitsruhe um jeden Preis der Demonstration das Rückgrat gebrochen. Der Parteitag zu Halle stimmte jedoch mit sehr großer Mehrheit einer Resolution zu, die lautete: „Die Motive, welche die Fraktion veranlassen, den bekannten Aufruf für die Demonstration am 1. Mai zu erlassen, fanden in der allgemeinen ökonomischen und politischen Lage ihre Rechtfertigung.“ Der Parteitag zu Berlin 1892 beschloß sogar ausdrücklich, ungeduldet der prinzipiellen Anerkennung der Arbeitsruhe, die Feier des 1. Mai 1893 auf den Abend zu verlegen. Der Parteitag zu Köln 1893 vollerte: „Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiter-Interessen dazu imstande sind, neben den anderen Kundgebungen, den 1. Mai auch durch Arbeitsruhe feiern.“

Mit dem Wiedereintreten der günstigeren Konjunktur und der Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gewann auch die Arbeitsruhe am 1. Mai weitere Ausdehnung. Die Maifeier-Resolution erhielt demgemäß die Fassung, daß es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht macht, überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Man sieht: der Vormarsch der Maifeier war kein ungestümmer, alle Hindernisse im ersten Ansturm niederwerfender, sondern ein allmählicher, zäher und langsam das Terrain erobernder! Niemals glaubte die ungeheure Mehrheit der Partei, das Ideal der allgemeinen Arbeitsruhe mit einem Schlage, allen Hindernissen zum Trotz, verwirklichen zu können. Stets trug die Partei den Umständen Rechnung — ohne aber darum das Ideal der Arbeitsruhe einen Augenblick aus dem Gedächtnis zu verlieren. Sobald es die Situation gestattete, verstand es das deutsche Proletariat, mit verdoppelter Energie das durch die Ungunst der Verhältnisse Verbotene nachzuholen!

Heute stehen Partei und Gewerkschaften ungeheuer viel mächtvoller da, als im Anfang der neunziger Jahre. Aus den 1 400 000 sozialdemokratischen Stimmen von 1890 sind 3 260 000 Stimmen geworden; die Gewerkschaften sind gar von 200 000 auf mehr als 1 800 000 Mitglieder angewachsen! Aber trotzdem ist das Proletariat noch lange nicht allmächtig! Die Verschärfung der Klassengegensätze, die in dem enormen Wachstum der Arbeiterbewegung ihren Ausdruck fand, hat auch in einem kolossalen Zusammenschluß der Kräfte der herrschenden Klassen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ihren Ausdruck gefunden! Noch ist der Berg nicht überstiegen, noch liegt die steilere Wegstrecke vor uns. Das hat der letzte Wahlkampf bewiesen, das beweisen die mit namenloser Erbitterung geführten Lohnkämpfe!

Deshalb ist auch die Bahn für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai nicht frei. Auch dies proletarische Ideal muß erst noch erkämpft werden. Im Kampfe aber gilt es nicht nur Bravour zu zeigen, sondern auch Besonnenheit, strategische Klugheit!

Wenn die Gegner über den „Rückzug“ der Partei in der Frage der Arbeitsruhe höhnen, so kann uns das kalt lassen. Wollten wir stets den Beifall der Kapitalistenpresse erlangen, welche Dummeitungen müßten wir begehen! Aber auch die wohlmeinenden Klagen unserer eigenen Parteifreunde erscheinen uns unberechtigt! Wie traurig müßte es um die Lebensfähigkeit der Maifeier stehen, wenn ihr durch die vielleicht nicht ganz diplomatische Fassung des Aufrufs des Parteivorstandes das Lebenslicht ausgeblasen werden könnte!

Wir sind in diesem Fall wirklich einmal Optimisten. Wir glauben, daß der Wert der Maifeier, die demonstrative Bedeutung der Arbeitsruhe am 1. Mai dem klassenbewußten Proletariat derart ins Bewußtsein eingebracht ist, daß ihm die Maifeier mehr ist als ein blutleeres Symbol. Und wir trauen auch der deutschen Arbeiterschaft mehr taktische Einsicht, mehr Kampfesbeharrlichkeit zu, als daß sie nun mit einem Male die Spitze ins Korn werfen würde, weil sich ihrem Sturme neue Hindernisse in den Weg stellen! Ja, wir glauben, daß im letzten Ende die Kampfesfähigkeit der proletarischen Armee durch Gewöhnung an die wirklichen Kampfbedingungen, durch wahrheitsgemäße Darstellung der zu überwindenden Widerstände weit mehr gefördert wird, als durch das Vorkäuschen stetiger und leichtler Siege! Eine schlechte Armee, die bei einem vorübergehenden Mißerfolg desertiert!

Die Maifeier ist nicht Selbstzweck. Sie ist eine Schulung für den Klassenkampf, ein Mittel zur Erziehung zur Opferwilligkeit und zur Disziplin. Und wir erhoffen von der sechzehnjährigen Kampfes- und Maifeierkämpfer, daß das deutsche Proletariat sich auch diesmal musterhaft im Feuer halten wird!

Arbeitsruhe, soweit sie irgend möglich ist! Sofern aber die gebotene taktische Besonnenheit die Arbeitsruhe nicht zuläßt, befürchten wir keine Erschlaffung und Entmutigung, sondern

Vorbereitung und Stärkung zu den unvermeidlichen neuen Kämpfen!

Die Maifeier ist nicht Selbstzweck. Sie ist eine Schulung für den Klassenkampf, ein Mittel zur Erziehung zur Opferwilligkeit und zur Disziplin. Und wir erhoffen von der sechzehnjährigen Kampfes- und Maifeierkämpfer, daß das deutsche Proletariat sich auch diesmal musterhaft im Feuer halten wird!

Arbeitsruhe, soweit sie irgend möglich ist! Sofern aber die gebotene taktische Besonnenheit die Arbeitsruhe nicht zuläßt, befürchten wir keine Erschlaffung und Entmutigung, sondern

Vorbereitung und Stärkung zu den unvermeidlichen neuen Kämpfen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Militäretat. Im Reichstage wurde die Generaldebatte über den Militäretat fortgesetzt. Genosse Bebel zeigte an dem Beispiele Schwedens und der Schweiz, daß auch auf dem Boden der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung eine beträchtliche Verkürzung der Dienstzeit möglich ist, ja im wohlverstandenen Interesse des Heerwesens selbst liegt. Unser Fraktionsredner begründete ferner unseren Antrag auf Erhöhung der Soldatenbezüge und gestellte in seiner temperamentvollen, das ganze Haus fesselnden Weise die Soldatenmißhandlungen, die wenn auch in erfreulicher Abnahme begriffen, doch immer noch ein ebenso umfangreiches wie trauriges Kapitel bildet. Der Freisinnige Müller-Meinungen suchte dem Blocksystem entsprechend eine mittlere Linie zwischen dem „Unentwegten“ und dem Regierungskommissar zu finden. Spasmacherreden von ein paar Junker und Junkergeroffen, dem stallbustenden Oldenburg aus Januschau, Liebermann v. Sonnenberg, Bindewald v. Liebert usw. füllten so ziemlich den Rest der Sitzung aus. Dazwischen sprach ganz unterhaltsam der Kriegsminister v. Einem, dessen Rede entschieden gewonnen haben würde, wenn am Schlusse das abgedroschene Bronsartige Pathos gekehrt hätte. Ein von der Gesamtsinken und dem Zentrum gestellter Vertagungsantrag ließ halb nach 6 Uhr ein. Am Donnerstag geht die Beratung weiter.

Die Klassenjustiz und die bürgerliche Presse. Die treffende Charakteristik, die Genosse Heine im Reichstage bei der Beratung des Justizetats von der Klassenjustiz gab, hat selbst einigen bürgerlichen Blättern Stimmen der Bewunderung entlockt. So sagt z. B. die „Berl. Volksztg.“:

„Der sozialdemokratische Redner begründete sein Verlangen mit den Hinweisen auf die antisoziale Klassenjustiz gewisser Richterkreise mit solcher Schärfe, daß in diesem Moment selbst Herr Nieberding von seiner statuenhaften Ruhe verlassen wurde. Aber der Abgeordnete Heine ließ nicht locker; er ging dem Staatssekretär mit Tatsachen und Akten zu Leibe, und Herr Nieberding mußte einen schweigenden Rückzug antreten. Bemerkenswert war es immerhin, daß selbst der Staatssekretär die Entscheidungen des Reichsgerichts nicht durchweg zu billigen imstande war.“

Auch das „Berliner Tageblatt“ stimmt darin ein, daß Heines Kritik wohl nicht ganz ohne Folgen bleiben werde:

„Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine meinte spöttisch, man wolle nichts weiter, als Leute, die eine strafbare Handlung ausgeübt haben, kuppeln. Auch sonst hat die groß angelegte Rede Heines viel beachtenswerte Einzelheiten. Sie arbeitete allerdings mit

den schärfsten Mitteln der Kritik und rief deshalb auch den Staatssekretär Dr. Nieberding zu entnervter Abwehr auf den Plan, aber nur zu vieles von dem, was Heine über Polizeiaufsicht und Klassenjustiz sagte, ist leider im heutigen Deutschen Reich nicht abzuweisen. Auch Dr. Nieberding mußte zugeben, daß wenigstens auf dem Gebiete der Erpressung und des Koalitionsrechts die Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht zweifelhaft sei.“

Und selbst die durch ihre Unerschämtheit gegen die Arbeiterbewegung bekannte „Zagl. Rundschau“ schilbert die Abrechnung Heines mit hüfziger Bewunderung:

„Wolfgang Heine bewährte sich wieder als einer der wirksamsten sozialdemokratischen Redner. Die Klarheit und Bewandtheit seines Ausdrucks müßte auch der schärfste Gegner anerkennen. Mehrfach geriet er freilich aus der schneidenden alten Ruhe in Rathos, was ihm weniger gut steht. Von dem Hohn über die Absage des Staatssekretärs an die „neue liberale Aera“ ging Heine auf die Ausweitungspraxis gegen Vorbehalte über, um dann zu seinem Hauptthema, der „Klassenjustiz“, zu kommen. Der Jesuitismus, mit dem er den Richtern die bona fides zuerkannte, folgte aber hinzugefügt, sie stellten sich immer ein, was sie gebraucht werde, trug ihm von der Rechten den treibenden Ruf ein: „Sagen Sie doch gerade heraus, was Sie meinen!“ Staatssekretär Dr. Nieberding befand sich demgegenüber in keiner angenehmen Lage. Er mußte die Verdächtigung und Beleidigung der Richter scharf zurückweisen, und tat das auch in angemessener Weise, zugleich aber mußte er zugeben, daß die Urteile der Gerichte, auch des Reichsgerichts, gegenüber den Aufkündigungen von Streiks und Aussperrungen zu Bedenken Anlaß geben. Die Frage werde noch einmal genau geprüft werden. Jedenfalls sei der beste Wille der Gerichte nicht zu bezweifeln.“

Freilich wird noch viel Wasser die Traue hinabfließen, ehe der gesamte deutsche Richterstand für die Klassenlage und die Klassenkämpfe des Proletariats ein klareres Verständnis und ein objektiveres Urteil hat.

Wie der Freisinn umgefallen ist. Wir haben bereits mitgeteilt, daß am Donnerstag vorige Woche der Freisinn im Reichstage der Regierung die 7. Forderung für die Restaurierung der Hohkönigsburg dadurch rettete, daß er die Beschlußfähigkeit des Hauses — das in seiner damaligen Zusammensetzung die Forderung ohne Frage abgelehnt hätte — bezweifelste. Zur Kennzeichnung der Charakterfestigkeit der jetzigen freisinnigen Reichstagsfraktion schreibt die „Germania“ mit Recht:

„Der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen hat sich bekanntlich das Verdienst erworben, durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit des Reichstages die siebente Forderung für die Hohkönigsburg in zweiter Lesung gegen die „Intrigen“ des Zentrums zu retten. Der Dienstleister des „nationalen“ Herrn und die „Unentwegtheit“ des zur Regierungspartei avancierten Freisinn tritt in ein noch helleres Licht, wenn man sich erinnert, was der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan am 20. Februar 1906 zu dem Titel Hohkönigsburg geredet hat. Er sagte:

„Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich prinzipiell kein Freund davon bin, Ritterburgen zu restaurieren. Wenn wir erst in deutschen Ländern die „Ritter“ los wären, mit ihrer „ritterlichen“ Überhebung, die in den „erklüfteten“ Kreisen noch viel zu üppig ins Kraut schießt, mit der „ritterlichen“ Begehrlichkeit, unter der unser ganzes Wirtschaftsleben leidet, dann könnten wir vielleicht eher davon reden, ein Denkmal der „ritterlichen“ Vergangenheit wie die Hohkönigsburg zu restaurieren. (Sehr gut! und Weiter links.) Aber derweil wir noch unter einem „ritterlichen“ Regimente zu leiden haben — (Zuruf bei den Sozialdemokraten) — Sie sagen „Raubrittertum“. Das habe ich nicht gesagt, aber ich habe, offen gestanden, so etwas Ähnliches gedacht. — Solange noch unsere Junker dominieren, mag ich keine Ritterburg restauriert sehen; von Junkerthum haben wir im Deutschen Reich des „Guten“ für meinen Geschmack schon zu viel. Ich will mich aber kurz fassen. Wie kam es darauf an, zu konstatieren, daß ich wie das erste Mal so nun auch heute gegen die Bewilligung eines Reichszuschusses für die Hohkönigsburg stimme, diesmal schon aus dem Grunde, weil das letzte Mal mit Nachdruck erklärt worden ist, es sei der letzte Posten für die Hohkönigsburg. Nun kommt ein „allerlehter“ Posten, später vielleicht noch ein „allerallerlehter“ und so fort cum gratia in infinitum.“

Setzt hat, wie unseren Lesern bekannt ist, der Freisinn seinen Umfall glatt vollzogen und mit Wonnebeben bewilligt, was er früher mit Hohn und Spott, aber auch mit Recht abgelehnt hat. Man sieht, die konservativ-liberale Paartung zeitigt die schönsten reaktionären Früchte!

Aus der Budgetkommission. Über die Sitzung vom 23. April wird berichtet: Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Kolonialdirektor Dernburg mit, daß er Vorseorge getroffen habe, um Anfragen des Abg. Ledebour über die hohe Sterblichkeit unter den gefangenen Eingeborenen rechtzeitig zu beantworten. Weiter wird mitgeteilt, daß die Vermittlungen durch den Kaiser auf den Karollinen nicht so schlimm sind, wie es an-

Anglich schien. Immerhin haben die Eingeborenen auf zwei Jahre keine Nahrungsmittel. — Die Beratung beginnt bei dem angeforderten Beitrag für die sogenannte „Kolonialschule“ in Hünfeld. Der Kolonialdirektor empfiehlt Bewilligung der 10 000 Mk. Die Schule bestehe zwar nicht in Hünfeld, sondern in Engelsdorf, gehöre aber der Hünfelder Wittisngesellschaft. Eine Anzahl Redner sprachen gegen die Position, andere sind zwar dafür, wollen aber im nächsten Jahre Vorklagen stellen, auch evangelische Wittisngeschulen zu unterstützen. Ein Antrag, den Zuschuß für Hünfeld zu streichen, wird gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen abgelehnt. Die Budgetkommission geht nun zur Beratung des Budgets der Kolonien über: Der Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet weist eine eigene Einnahme von rund 5 Millionen Mark auf. Gemäß einer Anregung Dernburgs wird vom Referenten beantragt, die Einnahme aus den Zöllen um 500 000 Mk. höher anzusetzen: statt 1 900 000 also 2 400 000. Dernburg gibt dazu Erläuterungen und bittet auf Grund neuerer Nachrichten aus der Kolonie nur 400 000 Mk. mehr einzusetzen. Die Einnahmen aus Steuern belaufen sich auf 1 058 700 Mk., wovon 818 000 Mk. auf die Häuser- und Hüttensteuer, 152 700 Mk. auf Gewerbesteuer, 68 000 Mk. auf Salzsteuer und 20 000 Mk. auf Erbschaftsteuer entfallen. Erzberger wendet sich gegen die Hüttensteuer: sie würde brutal eingetrieben und führe zu Aufständen, außerdem sei sie der kulturellen Entwicklung direkt entgegen; denn für ein nach europäischer Art erbautes Haus müsse doppelt soviel bezahlt werden als für eine Eingeborenenhütte! Neben den Steuern für den Staat werden Kommunalsteuern erhoben, und zwar in der gleichen Form mit zirka 700 000 Mk. Hüttensteuer, 65 000 Mk. Gewerbesteuer. Es wird angefragt, wo die Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder sei, denn eine Gemeindeverwaltung gebe es doch noch nicht! Arendt ist von der Hüttensteuer sehr begeistert! Er möchte sie lieber verdoppeln; die Steuer sei Kulturhebel; sie zwinge die Eingeborenen zur Arbeit! Die Kommunalsteuern fänden Verwendung für Straßenbau und landwirtschaftliche Kulturanlagen. Redner erklärt sich gegen Gewerbesteuer und Salzsteuer. Paasche singt auch ein Loblied auf die Befreiung der Eingeborenen; ihm hätten Eingeborene jubelnd ihren Steuerzettel gezeigt, um damit zu zeigen, daß sie jetzt Deutsche seien! Der Steuerzettel sei hier die Legitimation des Deutschen geworden! Redner kritisiert Mißstände, die sich bei der Konzessionsvergebung an Bergwerksgesellschaften herausgestellt haben; er wünscht Untersuchungen dieser Zustände. Dernburg verteidigt die Gesellschaften. Was die Steuern anlange, so sei ein einfaches Steuersystem das beste: ein solches scheine die französische Kopfsteuer zu sein, neben der dann der Zoll bestehen bleiben müsse. Die Kolonie sei in sehr guter Entwicklung, es fehle aber an Arbeitern, da die Feger für kompliziertere Arbeiten nicht gut brauchbar seien. Das werde besser werden, wenn das Bahnetz ausgebaut sei. Die Kontrolle über die Verwendung der kommunalen Steuer liege bei dem Gouverneur. General Bebel setzt berechtigte Zweifel in die Schilderung Paasches von der Begeisterung der Eingeborenen über das Steuerzahlen. Wenn die Eingeborenen ihre Steuerzettel stolz herumgezeigt haben, dann vielleicht, weil sie die parlamentarischen Vergnügungsreisenden für eine Strafexpedition hielten und nun zeigen wollten, daß sie ihre Steuern schon bezahlt haben. (Heiterkeit.) Die Hüttensteuer habe zweifellos zu Aufständen geführt, auch scheine sie viel zu hoch zu sein. Jedenfalls sollten wir uns hüten, französische Gebräuche zu übernehmen. Dietrich schildert die Komödie, die von dem Bezirksamtman mit den Eingeborenen aufgeführt worden ist, um den Abgeordneten zu zeigen, „wie gern sie Steuern zahlen!“ Die Einnahmen werden jedoch bewilligt, die Zolleinnahmen um 400 000 Mark höher angelegt. — Bei den Posten „Zahlung der deutschen Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft zugunsten des Erneuerungs- und Spezialreservefonds der Ufambarahahn“ plädiert Arendt sehr lebhaft für die Fortführung der Bahn, ein Verlangen, das bei Dernburg natürlich eifrige Zustimmung findet. Aber überstürzt er möchte er die Sache nicht. Im nächsten Herbst soll dem Reichstag nur eine Vorlage gemacht werden über den Bau von weiteren 75 Kilometern der Ufambarahahn. Von verschiedenen Seiten wird kritisiert, daß die Regierung jetzt den Bahnbau an eine Privatgesellschaft gegeben hat; der Staat solle die Bahn bauen und selbst betreiben. Wenn man 400 Millionen habe aufwenden müssen, um den Aufstand niederzuschlagen, müsse man auch Geld haben, Bahnen zu bauen. Auf Antrag Bebels werden alle diese Fragen sowie die prinzipielle Erörterung von Kolonialfragen an den Schluß der Budgetberatung verwiesen. In Titel 1 der Ausgaben, Zivilverwaltung, beantragt Bebel, die Akten des Disziplinarverfahrens gegen Peters der Budgetkommission vorzulegen. Die Beschlüßfassung wird bis zur Erörterung der allgemeinen Fragen verschoben.

Freisinniger Übermilitarismus. Wie bekannt, hat Herr Müller-Sagan von der „Freisinnigen Volkspartei“ in den letzten Tagen nicht nur den uferlosesten Kolonial- und Flottenprojekten der Regierung seinen Segen erteilt, sondern die Regierung auch zu neuen Forderungen für den einheimischen Landmilitarismus geradezu animiert! Die Konserwativen äußerten noch Zweifel, ob Herr Müller-Sagan auch wohl parteioffiziös gesprochen habe. Diesen Zweifel zerstreut jetzt die freisinnig-volksparteiliche „Breslauer Zeitung“, welche schreibt:

„Diese Kundgebungen werden in der Presse sehr bemerkt. Die Zentrumspresse verhehlt nicht ihren Ärger über diese verständigen Worte. Den Zweiflern wollen wir übrigens zu ihrer Beruhigung sagen, daß Dr. Müller-Sagan mit seinen Anschauungen durchaus seine Partei hinter sich hat.“

Da haben wir's! Die freisinnigen Volksparteiler treten nunmehr geschlossen für die uferloseste Heeres-

Flotten- und Kolonialpolitik ein — dieselben Volksparteiler, die bei den letzten Wahlen entschieden dagegen Protest erhoben, wenn man sie als Flotten- und Kolonialschwärmer bezeichnete. Pflicht unserer Genossen ist es, die Wähler, die bisher noch den Liberalen folgten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit über die wahren Pläne und Absichten der sogenannten Freisinnigen aufzuklären:

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat in ihrer Sitzung beschlossen, die Wahl des Abgeordneten Trimborn (Zentr.), Stadt Köln, für gültig zu erklären. Ferner hat die Kommission beschlossen, mit Rücksicht auf die Rolle, die die Kriegervereine vielfach während der letzten Reichstagswahlen gespielt haben, eine gutachtliche Äußerung des Generals Spitz, des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Kriegervereine, darüber herbeizuführen, ob die Kriegervereine einen amtl. Charakter haben oder nicht. — Spitz ist gerade der „rechte“ Mann zur Auskunftserteilung. — Die Wahlprüfungskommission erklärte ferner die Wahl Dr. Heckschers (10. schlesw.-holst. Wahlkreis, Lauenburg) für gültig.

Das stetige Anwachsen der Brotpreise als Folge des neuen Zolltarifs tritt erst jetzt kräftiger in Erscheinung. Die Hoffnung, mit der die Konsumenten in das Jahr 1907 hineingingen, daß der Rückgang der Getreidepreise gegenüber dem Vorjahr andauern werde, erwies sich schon im Februar als falsch. Die Preise gingen allmählich wieder über den vorjährigen Stand hinaus. Dann kam wohl wieder eine kurze Zeit der Abwärtsbewegung, so daß eine einheitliche Tendenz aus der Bewegung der Getreidepreise schwer herauszulesen war. Jetzt aber hat eine erneute Aufwärtsbewegung eingesetzt, die, wie in der landwirtschaftlichen Fachpresse ausgeführt wird, von längerer Dauer sein wird, Beachtung verdient. Es ist nicht allein der Aufschlag von März auf April, den die Getreidepreise, vornehmlich die für Brotgetreide, erfahren haben, sondern vielmehr der starke Vorprung gegenüber der vorjährigen Vergleichszeit, der die Bewegung und den Stand der Getreidepreise erst ganz charakterisiert. Denn, wie die „Berliner Volkszeitung“ erinnert, hatten damals die Preise eine außerordentliche Höhe erreicht. Nach den Notierungen der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats kostete Mitte April in Berlin eine Tonne in Mark:

	1903	1904	1905	1906	1907
Weizen	158	177	174	176½	192
Roggen	133	134	138½	160½	172

Roggen ist heute um beinahe 10 Prozent teurer als Weizen in der Zeit 1903! Er ist in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent hinaufgeschwollen und Weizen ist nicht weit dahinter zurückgeblieben. Dieser Abstand ist aber nicht nur in Berlin besonders scharf. In Breslau stieg der Roggenpreis in den Jahren 1906 bis 1907 von 154 auf 163, der Weizenpreis von 173 auf 183 Mk. Auch hier ist also der Beweis erbracht, wie erheblich der Preis für Brotgetreide über dem des Vorjahres steht. In der landwirtschaftlichen Fachpresse wird darauf hingewiesen, daß sich gegenwärtig im Handel so gut wie gar keine Vorräte befinden, sondern vielmehr von der Hand in den Mund gelebt wird. Dieser Mangel an Vorräten wirkt um so scharfer auf den Markt, als auch die Zufuhren vom Auslande abgeebbt sind und zudem die gegenwärtige Zeit, das letzte Drittel des Erntejahres, stets mehr zu Preisaufschlägen neigt, als die übrige Zeit des Jahres. Auf all diese Ursachen wird die jetzige Steigerung zurückgeführt und die Annahme daran geknüpft, daß die Aufwärtsbewegung sich vorläufig noch weiter fortsetzen werde.

Bei diesen Zuständen lachen sich die Agrarier ins Fäustchen. So wollen es die Agrarier haben, um die Früchte der Liebesgabenpolitik einzuheimen. Dabei reden sie andauernd dem Volke vor, daß die Löhne in demselben Maße gestiegen seien, wie die Getreidepreise, so daß die Teuerung der Lebensmittel nicht drückend sei! Wir fragen demgegenüber:

In welcher Beamten- oder Arbeiterklasse sind in den letzten fünf Jahren die Gehälter oder Löhne gleich den Getreidepreisen um dreißig Prozent gestiegen? Gehalts- und Lohnerhöhungen von 10 Prozent gehören bereits zu den größten Seltenheiten. Nur bei einer einzigen Beamtenklasse sind in diesen fünf Jahren die Gehälter um mehr als 30 Prozent erhöht worden. Das sind die preußischen Minister, die sich in dieser Zeit einer Gehaltserhöhung von 36 000 auf 50 000 Mk., als von zirka 39 Proz., erfreuen durften. Wenn Arbeiter auch nur drei Prozent Lohnerhöhung beanspruchen, dann wird ihnen mit Aussperungen geantwortet, wie die Meldungen aus allen Ecken des Reiches tagtäglich beweisen.

Rußland. Das Schicksal der Duma. „New York Herald“ berichtet aus Petersburg: Der Zar hat dem Rabinettchef Stolypin freie Hand gelassen, um die Auflösung der Duma zu verfügen. Stolypin wird aber von diesem Rechte nur Gebrauch machen, wenn die bisherigen Brandreden fortgesetzt und die Arbeiten der Kammer ergebnislos verlaufen sollten.

Die „Säuberung“ Petersburgs. Der Petersburger Stadthauptmann hat von allen Distriktspolizeileitern genaue Daten über die Lebensweise und die Beschäftigung aller Einwohner der Residenz eingefordert. Nach Eintreffen dieser Daten sollen, wie „Obshestwennoje Djelo“ mitteilt, alle Personen aus Petersburg ausgewiesen werden, „welche keine bestimmte Beschäftigung haben“, mit dem Verbot, beide Hauptstädte und alle Universitätsstädte zu betreten! — Steht diese „Säuberung“ vielleicht in Verbindung mit den Vorbereitungen zur Auflösung der Reichsduma und zum projektierten Staatsstreik?

Die Rigaer Folterungen vor der Duma. Zur Beratung gelangte am Dienstag die Interpellation über die Vorkommnisse in Riga nach dem Spezialbericht über die von der Polizeiverwaltung von Riga und anderen baltischen Städten gesetzwidrig vorgenommenen Folterungen. Der Gehilfe des Ministers des Innern Makarow gab die Richtigkeit der meisten in dem Bericht angeführten Fälle in bezug auf die Geheimpolizei zu und erklärte, daß der Mi-

nister des Innern eine Untersuchung zur Bestrafung der Schuldigen angeordnet habe; das Ergebnis dieser Untersuchung müsse abgewartet werden. Der Gehilfe des Ministers der Justiz Luge erklärte den Bericht, soweit er sich auf die Staatsanwaltschaft beziehe, für übertrieben. (Bewegung.) Die Weiterberatung wurde abgelehnt, obwohl noch 13 Redner zum Wort vorgemerkt waren. Der Präsident machte darauf dem Hause die Mitteilung, daß 46 Abgeordnete einen Antrag, betreffend die Autonomie Polens eingebracht haben. Abgeordneter Purischkewitsch rief, das sei unmöglich; es sei eine Schande für die Duma, sich mit solchen Fragen zu befassen. (Lärm, Widerspruch.) Die Sitzung wurde sodann um 6 Uhr 10 Minuten aufgehoben.

Frankreich. Laures über Deutschlands Isolierung. Unter dem Titel Vorsicht! schreibt Laures in der „Humanité“ einen Artikel über die internationalen Beziehungen, der sich besonders mit Deutschlands Stellung unter den Völkern beschäftigt. Er spricht von Marokko und warnt vor Tauschgeschäften, die leicht Konflikte erzeugen können, statt sie zu vermeiden. Frankreich und Deutschland müßten auf allen Gebieten, wo sie in Berührung kommen, mit Mäßigung und gegenseitigem Vertrauen vorgehen. Es sei ein klägliches Schauspiel, wenn dieselben Menschen, die fortwährend über den Algerias-Vertrag stöhnten und ihn aus der Welt zu schaffen versuchten, den gleichen Vertrag anrufen, sobald er ihnen geeignet scheint, ihre eigenen Interessen zu schützen und den Partner zu genieren. Wenn es Schwierigkeiten gäbe, solle man sie erst dem diplomatischen Korps unterbreiten, bevor man sie durch Debatten in der Presse verschärfe. Wichtiger sei aber die Beobachtung, daß Deutschland seit einiger Zeit sich sehr nervös zeige, es glaube, daß seine Isolierung zunehme und betrachte diese Entwicklung mit übertriebener Unruhe. Die neue Gruppierung der Mächte, die sich anbahne, habe indessen keinen bedrohlichen Charakter. Sie würde sofort eine starke Verjüngung erfahren, wenn wirklich eine Nation sich gegen Deutschland auszuspielen versuchte. Auch würde das republikanische Frankreich, das den Frieden aufrichtig liebe, sich niemals zu einem Abenteuer hinreißen lassen, bei dem es das Spiel Londoner Spekulanten führen solle. Deutschland solle seine angebliche Isolierung nicht durch Autosuggestion vergrößern und lieber untersuchen, ob seine Diplomatie stets alles getan hat, um die Sympathien Europas zu gewinnen; in jedem Falle sei es aber die Pflicht aller Regierungen, jeden Umstand zu vermeiden, der in Deutschland den Gedanken an irgendeine feindselige Koalition aufkommen lassen könnte. Zum Schluß tritt Laures dann als überzeugter Anhänger internationaler Schiedsgerichte für deren Schöpfung und für eine gemeinsame Rüstungsbeschränkung ein.

Lübeckische Justiz.

II. P.L. Nachdem wir in dem gestrigen Artikel nochmals kurz den Tatbestand geschildert haben, wollen wir heute dem Urteil einige Worte widmen. Es handelt sich vorläufig — das sei nebenbei bemerkt — nur um den Fall Wagner; auf die Walterische Sache kommen wir im Anschluß daran zu sprechen. Wagner wurde bekanntlich zu schwerer Strafe verurteilt, und zwar wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten Gefängnis, sowie wegen groben Unfugs zu vier Wochen und wegen Uebertretung der Straßenpolizeiordnung zu zwei Wochen Haft.

Das Gericht hat also außerordentlich schwere Verfehlungen angenommen, obwohl aus dem klaren Sachverhalt das Gegenteil hervorgeht. Das Strafgesetzbuch läßt bei geringfügigen Verfehlungen Geldstrafen zu; die Hoppenstedtkammer erkannte auf zwei Monate Gefängnis. Die Schwere des angeblichen Vergehens scheint demnach nicht maßgebend gewesen zu sein, auch nicht die Vorstrafen des Angeklagten, denn derselbe hatte solche nicht aufzuweisen, sondern einzig und allein ersührend der Umstand, daß Wagner ein streikender Tischler war. Trifft das zu, so ist es mit dem Grundsatz vorbei, der vor Gericht gelten sollte, ohne Ansehen der Person zu urteilen. Allerdings wünschte der Staatsanwalt eine exemplarische Strafe, die abschreckend wirkt. Man will also wieder zum Mittelalter zurückkehren, in dem man die Abschreckungsmethode anwandte, und zwar, ebenso erfolglos, wie das jetzt der Fall sein wird. Wir meinen aber, daß es dem Ansehen der Lübeckischen Justiz nicht zum Vorteil gereicht, wenn manche der Angeklagten befürchten müssen, und das mit Recht, daß vor Gericht nicht etwa Schuld und Sühne gegen einander abgewogen werden, sondern daß man sie nur deshalb hart verurteilt, damit andere abgeschreckt werden.

Bei der angeblichen Uebertretung der Straßenpolizeiordnung wurde gegen den völlig unbescholtenen Mann das höchst zulässige Strafmaß in Anwendung gebracht, ebenso wurde wegen des sogenannten „groben Unfugs“ auf eine exorbitant hohe Strafe erkannt.

Einem jeden unbefangenen Menschen, der nicht in Vorurteilen gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen und die Angehörigen der Gewerkschaften aufgewachsen ist, wird es wohl ewig schleierhaft bleiben, wie das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten kommen konnte, besonders wegen des angeblichen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der mit der ungeheuerlichen Strafe von 2 Monaten geführt werden soll.

Nach unserer Meinung ist in der Verhandlung in keiner Weise festgestellt worden, daß Wagner die Kriminalschulden als solche erkannt hat. Nur dann, wenn festgestellt wäre, daß der Angeklagte wußte, es mit Kriminalbeamten zu tun zu haben, hätte eine Verurteilung erfolgen können. Zwar sagt der Kriminalschutzmantel Rath, er wäre sehr oft bei Ankunft von Tischlern am Bahnhof gewesen; daher müßten ihn die Streikenden kennen. Auch wohne er schon etwa fünf Jahre in der Vorstadt St. Lorenz, und jedes Kind auf der Straße kenne ihn dort. Folglich könne man annehmen, auch der Angeklagte habe ihn gekannt habe, denn auch der wohne in der Vorstadt St. Lorenz. Beide Argumente sind nur

Unternehmungen, keine Tatsachen. Diese Vermutungen haben aber gar keinen Rückhalt, wenn man bedenkt, daß der Angeklagte am 16. Januar erst seit drei Tagen auf dem Bahnhofe war. In dieser Zeit waren überhaupt keine Tische angekommen und so konnte der Angeklagte den Rath dort gar nicht zu Gesicht bekommen haben. Weiter kann das Gericht die bloße Tatsache, daß der Angeklagte mit dem Kriminalschutzmännern in einem Stadtviertel, nicht einmal in einer Straße, wohnt, nicht als Beweis der Erkennung verwerten. Aber selbst angenommen, der Angeklagte hätte den Kriminalbeamten sonst gekannt, so ist doch noch lange nicht erwiesen, daß der Angeklagte den Kriminalbeamten in dem Augenblick, als er ihn verhaften wollte, gekannt hat. Man muß nämlich in Betracht ziehen, daß der Angeklagte von Burlage einen Stoß vor die Brust erhielt, sodas er zurücktaumelte. Wenn man ferner erwägt, daß er sich im Gedränge zwischen Meistern befand, so liegt es doch sehr nahe, daß der Angeklagte glaubte, von einem der Meister gepackt zu werden, um so mehr, als eine große Ähnlichkeit zwischen dem Kriminalschutzmännern Rath und dem Möbelfabrikanten Wasserstrahl besteht, was sogar das Gericht konstataren mußte. In keiner Weise ist nach unserer Meinung irgendwie vor Gericht bewiesen, daß dem Angeklagten bewußt gewesen sei, er habe es mit Personen der Staatsgewalt zu tun; denn selbst die betreffenden Kriminalbeamten erklärten vor Gericht, daß der Angeklagte von dem Augenblicke an, wo der uniformierte Wachtmeister Hering kam, bereitwilligst zur Wache ging. Dadurch ist doch ausdrücklich festgestellt: Der Angeklagte gab jeglichen Widerstand auf, als er sah, daß er mit Polizeibeamten zu tun hatte. Fragen müssen wir aber doch: Wozu haben die Kriminalbeamten ihre Erkennungsmarken, wenn sie diese nicht vorzeigen? Das ist doch die erste Pflicht der Beamten. Sonst kommt man ja dahin, daß jeder Mensch den Anordnungen irgend einer Zivilperson Folge leisten muß, wenn er nicht Gefahr laufen will, bestraft zu werden. Solche Zustände sind doch unmöglich. Darauf hat das Gericht aber gar kein Gewicht gelegt. Der Präsident meinte: Es ist nicht bewiesen, daß der Angeklagte den Rath nicht gekannt hätte. Weil man dieses nicht festgestellt hat, konnte man den Angeklagten wegen Widerstandes auch nicht bestrafen, sondern mußte ihn freisprechen. Aber ein solches im Volke wurzelndes Rechtsempfinden ist doch bei der Hoppenstedt-Kammer nicht maßgebend. Der Jude muß verbrannt werden, so heißt es dort.

Ebenfalls bezeichnend ist es, daß der Präsident des Landgerichts die gesetzlichen Bestimmungen, welche so exorbitant hohe Strafen zulassen, als viel zu milde bezeichnete. Aus diesen Worten klingt der brennende Wunsch nach einem Ausnahme-Gesetz gegen Streikende heraus. Man kann sich dabei ungefähr ausmalen, welche Urteile von der Hoppenstedt-Kammer gegen Streikende gefällt worden wären, wenn das Zuchthausgesetz im Reichstage zur Annahme gelangt wäre.

Die Arbeitgeber können auf öffentlichen Straßen und Wegen stehen, um ihre Arbeitswilligen in Empfang zu nehmen, ohne von Schaulustigen belästigt zu werden; sie können durch schwarze Listen die streikenden Gesellen in ihrem Fortkommen hindern und dem Hunger überantworten, ihnen geschieht nichts. Aber für die Streikenden, die unerschämmt genug sind, eine Lohnherabsetzung und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen, sind die bestehenden Gesetze viel zu milde! Es wäre zum Lollachen, wenn die Sache nicht gar zu traurig wäre.

Ganz unerhört ist es, daß der Staatsanwalt die Glaubwürdigkeit von Zeugen bezweifelt nur deshalb, weil dieselben zu den Streikenden gehörten. Es ist zwar seiner Zeit gelegentlich einmal behauptet worden, daß Sozialdemokraten den Eid nicht achteten; den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung hat man aber noch nicht erbringen können und wird man nie erbringen können. Hier hat anscheinend der Staatsanwalt nach dem oben zitierten Vorbilde gearbeitet; ebenfalls völlig grundlos. Die Glaubwürdigkeit der Meister ist vom Staatsanwalt bisher noch nicht angefochten worden, obwohl dieselben nach derselben Logik doch auch Partei sein müßten. Sie sind jedoch Meister, und das bejagt alles!

Wir meinen, daß das Urteil der Hoppenstedt-Kammer im Falle Wagner, ebenso wie im Falle Walter, einen wertvollen Beitrag zum Kapitel „bürgerliche Rechtssprechung“ bildet. Die bürgerliche Presse findet hierzu kein Wort der Kritik; im Gegenteil, sie bringt einen sehr zu Ungunsten der Angeklagten gefärbten Bericht. Dafür gibt es ja auch noch eine Anzahl Arbeiter, welche diese Blätter durch Abonnements unterstützen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 25. April.
Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.
Die Streikleitung.
Der Zuzug von Maurern und Zimmerern ist fernzuhalten von Heiligenhafen (Polit.) wegen Streik.
Travemünde. Gesperrt für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist das Geschäft von Schrömann.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die Steinarbeiter und die Kohlenarbeiter.

Herr Julius Klein hat gestern abend in einer Versammlung der „vereinigten bürgerlichen Parteien“ über die Lehren der Reichstagswahl gesprochen. In seinen Ausführungen hat er einen so beneidenswerten Mangel an Kenntnis des Wesens der Sozialdemokratie zu Tage gefördert, daß es sich nicht lohnt, gegen den Mann noch zu polemisieren. Daß er in maßloser Weise über die Sozialdemokratie und den „Volksboten“ herfiel, gereicht uns zur Ehre. Bezeichnend ist es jedoch, daß der angeblich liberale Herr nicht ein Wort der Kritik gegen die letzten ungeheuerlichen Urteile der Hoppenstedt-Kammer fand, dafür aber die Äußerung, daß am Nichterfassen ein kleiner Mann mit einer weißen Mähne präsidire, als „gemeine Verunglimpfung einer hochachtbaren Person“ denunzierte. Wir brauchen wohl nicht erst zu betonen, daß es uns völlig fernliegt, irgend einen der Richter zu verunglimpfen, auch dann, wenn dieselben Urteile fällen, die mit dem Rechtsempfinden des Volkes im schärfsten Widerspruch stehen. Ein Denunziator ist jedoch ein vornehmer Mann! Herr Klein beschwert sich darüber, daß ihm

einige Leute nachgehöhelt hätten. Auch wir mißbilligen ein derartiges Gebahren, wie Herr Klein ganz genau weiß; wir können ihm aber verraten, daß es auch einige seiner Gesinnungsgenossen gelegentlich nicht verschmähen, auf offener Straße Sozialdemokraten anzusehen. Uns darüber aufzuregen, fällt uns natürlich gar nicht ein!

Unternehmer und Maifeier. Die Unternehmer, welche ohne irgendwelche Gewissenskrümel, wenn es ihnen paßt, ihre Arbeiter fesseln lassen, halten es für ein fürchtbares Verbrechen, wenn die Arbeiter einen Tag im Jahre der Arbeit fern bleiben, um für ihre Ziele zu demonstrieren. Man hofft durch Aussperrung die Arbeiter müde zu machen und sie von der Beteiligung an der Maifeier abzuhalten. Folgender Kasus ist in diesem Jahre in den Fabriken und Werkstätten der Metallindustriellen angeschlagen:

Beckmann & Co. Der Bund der Lübecker Metallindustriellen, dem auch wir angehören, hat betreffs der Maifeier folgendes beschlossen:

1. Beurteilungen aus Anlaß des 1. Maies werden nicht gestattet.
2. Der Betrieb in unserer Fabrik wird am 1. Mai nicht unterbrochen.
3. Für diejenigen Leute, die trotzdem am 1. Mai von der Arbeit fern bleiben, beginnt die Arbeit erst am Montag den 19. Mai, morgens 6 Uhr, wieder.

Wir versehen nicht, unseren Leuten diese, auch für uns bindenden Beschlüsse bekannt zu geben. (Stempel.) Diese Ankündigung konnte die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes nicht beirren. Dieselben beschlossen in der gestern stattgefundenen Mitglieder-Versammlung die Unterstützungsfälle in derselben Höhe zu zahlen wie in den Vorjahren. Vielleicht ist eine Frage angebracht: Wie werden die Arbeiter in Zukunft handeln, wenn es heißt, es ist Notarbeit; sie müssen bis abends 8 und 12 Uhr arbeiten? Wir meinen, wenn die Arbeitgeber zehn Tage lang aussperrten, so kann die Notwendigkeit von Nachtarbeit und Überstunden daraus nicht gefolgert werden. Es wird damit ferner bewiesen, daß die Feiern des 1. Mai, also eines Tages, eine wesentliche Schwächung der Interessen der Arbeitgeber nicht im Gefolge hat, denn sonst würden sie diesem einen Tag der Arbeitsruhe nicht noch zehn andere folgen lassen können.

Konturverfälschung. Aber das Vermögen des Elektrotechnikers Hugo W. B. in Lübeck, gr. Petersgrube Nr. 21, alleinigen Inhabers der Firma W. B. u. Martens, ist am 24. April 1907, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Schorer zu Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Warnung. Wir machen unsere Leser ganz besonders darauf aufmerksam, wenn sie irgend welche Sachen aus Abzahlung kaufen, Mäher und dergleichen auf Lieferung bestellen, Versicherungsverträge eingehen usw., daß sie die Kontrakte vor der Unterschrift erst einige Male genau durchlesen und sich reichlich vor der Unterschrift überlegen, ob sie sich nicht dadurch der Gnade oder Ungnade des anderen Kontrahenten bedingungslos überliefern. Wer sich über die Tragweite der Kontraktparagrafen nicht völlig klar ist, der ziehe vor der Unterschrift lieber erst Erkundigungen ein. Besonders zu beachten ist bei Abschlüssen solcher Geschäfte, daß mündliche Abmachungen neben den schriftlichen nicht den geringsten Wert haben.

Non otel! Es ist bekannt, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ trotz ihres amtlichen Charakters nur ein sehr kümmerliches Dasein fristen. Deshalb muß man eine gewisse Nachsicht üben, wenn die im redaktionellen Teil vertretenen Grundsätze und Anschauungen nicht mit dem Inseratenteil übereinstimmen. So konnte man am 27. März d. J. unter Tagesbericht folgende Warnung finden:

Warnung. In letzter Zeit wurde mehrfach in den Zeitungen in marktfeierlicher Weise ein Mittel „Augenwol“ zur Stärkung, Erhaltung und Wiederbelebung der Sehkraft“ von der Firma „Augenwol G. m. b. H.“, Berlin, Luisenufer Nr. 11, deren Gesellschafter ein Berliner Optiker und dessen Gehraue sind, angepriesen. Nach den angelegten Untersuchungen besteht das Mittel aus einer wässrigen Lösung von Kochsalz, Boräure, Glycerin und geringen Mengen Zucker, die mit Leerdarstellung gelb gefärbt und mit Rosenöl parfümiert sind. Außerdem sind in dem Mittel noch geringe Mengen Alkohol vorhanden. Die dem Mittel präparierter Weise beigelegten Wirkungen kann es keineswegs besitzen. In einer Apotheke zubereitet, würde das Flüsschen „Augenwol“ mit 50 cem Inhalt nach der Arzneitaxe etwa 1 Mk. bis 1,25 Mk. kosten, während der Preis bei der Firma 3 Mk. beträgt. Vor dem Bezug des Mittels wird daher auf das eindringlichste gewarnt.

Man kann es nur begrüßen, wenn auch die bürgerliche Presse gegen den Schwindel Front macht, der mit den diversen völlig wirkungslosen Heilmitteln getrieben wird. Ganz eigentümlich — um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen — berührt es jedoch, wenn Zeitungen, sogar amtliche Organe, in der einen Nummer des Blattes vor einem Schwindel warnen und in der andern ihn anpreisen. Am 27. März konnte man, wie gesagt, obige Warnung in den „Lübeckischen Anzeigen“ lesen; 14. April, also noch nicht ganz drei Wochen später, stand folgendes Inserat in unserm Amtsblatt:

Fort mit den Augengläsern. Kräftigt man die Augennerven und die Sehkraft in hinreichendem Maße, so kann man seine Augengläser fortwerfen. Um dies zu erreichen, gibt es ein Mittel, das leicht in die Augen massiert wird. Von allen Seiten werden hervorragende Resultate berichtet. Das Mittel ist „Augenwol“ benannt. Ein Probefläschchen wird jedem der Augengläser trägt, auf Verlangen gratis und franco zugelandt.
Augenwol G. m. b. H., Berlin S. 215.
Luisen-Aller 11.

Was im März noch Schwindel war, vor dem auf das eindringlichste gewarnt wurde, zeitigt im April „hervorragende Resultate“. Das ist echte Amtsblattmoral! Geld stinkt nicht! Man nimmt es eben, woher man es bekommen kann, unbeschadet darum, ob man sich damit am Volke verflüchtigt oder nicht.

Ein Wagen mit Urat brach gestern morgen in der Königstraße vor dem Hause des Amtsblattes zusammen. Es scheint, als ob die an dieser Zeitung tätigen Leute ihren Bedarf an Schmutz schleunigst gedeckt haben; heute kann man in den Spalten der „Lübeckischen Anzeigen“ bereits einiges davon merken.

pb. Diebstahl. Aus einem Hause am Geißelplatz wurde vor einigen Tagen ein schwarzer Ebenholzstok mit silberner Krücke, die mit dem Monogramm „W. M.“ und der Aufschrift „Zur freundlichen Erinnerung 1. 8. 1906, Hermann Mansfeld“ versehen war, gestohlen.

pb. Verschwindendes Boot. In der Zeit vom 23. ds. Mts. abends bis 24. ds. Mts. morgens ist aus dem Bootshafen des Elbe-Trave-Kanals beim Burgtor ein innen und außen grüngefärbtes Boot mit schwarzem Kiel abhanden gekommen. Es wird vermutet, daß ein Unbefugter das Boot benutzt und später an einer andern Stelle wieder befestigt hat.

pb. Stillschließungsverbrechen. Festgenommen wurde ein Dienstknecht aus Ober-Bütsen, der sich in Weidendorf, wo er dient, eines Verbrechen nach § 176 des Strafgesetzbuchs schuldig machte.

Schwarten. Nach der Vadenjuch: Zur Abstimmung über den Acht-Uhr-Ladenabschluss ist zu berichten, daß von 88 offenen Verkaufsstellen 56 dafür und nur 4 dagegen votierten. Somit dürfte der Acht-Uhr-Ladenabschluss in den hiesigen Geschäften als gesichert erscheinen. — Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die Zimmerer.

Zehoe. Töblicher Unglücksfall. Der seit Jahren in der Zementfabrik beschäftigte Zementarbeiter Aug. Kofinsky geriet unter eine niedergeringende Lawe und erlitt derartige Verletzungen am Kopf, Rücken und Unterleib, daß er im Krankenhaus gestorben ist.

Gehaven. Ein schwerer Unfall. Gestern vor-mittag ereignete sich bei einer Schießübung der Stamm-Abteilung Klantichou vor Gimmershagen infolge Heraus-schlagens von Pulvergasen ein Unglücksfall, wobei der Matrosen-Artillerist Bielefeld schwer, zwei weitere Matrosen-Artilleristen leichter verletzt wurden. Die Schießübungen wurden eingestellt.

Literarisches.

Zum 1. Mai erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, wie alljährlich, auch dieses Mal wieder eine Mai-Zeitung. Auf dem Titelbild sehen wir einen feiernden Arbeiter; am 1. Mai, dem Weltfeiertag, hat er die Fron des Kapitalismus von sich geschüttelt und der Fabrik den Rücken gekehrt. Auch das große Mittelbild spiegelt im wirkungsvollen Bilde die Gedanken wider, von denen die Arbeiterklasse am 1. Mai bezaubert ist. Aus dem textlichen Inhalt nennen wir: „Der Protest des Mai“ von Karl Emil. — „Wir Frauen und die Zukunft“ von Käthe Tunker. — „Positive Arbeit“ von Karl Kohn. — „Die Gewerkschaften und der erste Mai“ von Paul Umbreit. — „Maien-gang“, Gedicht von F. Dieberich. Der Einzelpreis der Mai-Zeitung beträgt 10 Pfg., und ist dieselbe durch alle Parteibüch-handlungen und Kolportiere zu beziehen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

„Von der neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 28. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Saun: einigte. — Der Arbeiterdeputiertenrat und die Revolution. Von Trofky (Petersburg). — Der Londoner Gewerkschaftsrat und die Märzahlen. Von Th. Kofstein (London). — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Mollenhuth. (Fortsetzung.) Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.) — Literarische Rundschau: The Socialist Annual for 1907. Von K. G. Saltschik. Le capitalisme dans le monde antique. Von K. K. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportiere zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 4 des zweiten Jahrgangs, April 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Stuttgart. Das Aprilheft dieser Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift ist wieder recht reichhaltig ausgestattet. Es enthält u. a. die Fortsetzung der Abhandlung von J. A. Lux über den Tischler, eine Abhandlung von Hermann Muthesius über: Der Weg und das Ziel des Kunstgewerbes, ferner Arbeiten von E. Kelling über Schrägflächen, von Gewerbeschullehrer D. Winkelmüller über Türen, Tore und Windfänge (mit 109 Abbildungen). Daneben sind an Textbeiträgen noch zu nennen ein Artikel von W. Lutz über Kalkulation eines Altersstrandes und ein Artikel von W. Schulz über Härte, Haltbarkeit und Biegsamkeit des Holzes. Das Heft enthält weiter ein reichhaltiges Bildermaterial. Von den 56 Abbildungen, welche diesmal geboten werden, verdienen besondere Beachtung eine Ansicht eines Damenzimmers von Baillie Scott und drei Abbildungen von Zimmereinrichtungen von H. Niemerich, ferner Skizzen zweier Schlafzimmer, eines Wohnzimmers und von Kücheneinrichtungen. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsverstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge. Ein Vortrag von Otto Rühle. Bremen, Verlag des Sozialdemokratischen Vereins (Kommissionsverlag der „Bremer Bürger-Zeitung“). Preis 20 Pfg. Die Notwendigkeit der geschlechtlichen Aufklärung schon für das jugendliche Alter wird heute theoretisch fast allgemein anerkannt. Nur verhältnismäßig kleine Kreise verschließen sich noch der Erkenntnis, daß diese von Vernunft und Erfahrung diktierte pädagogische Forderung unabweisbar ethische, hygienische und soziale Berechtigung in sich trägt und daß die Aufklärungsarbeit auf diesem heiklen Gebiete nicht länger dem unkontrollierbaren Zufall überlassen werden darf. In Schriften über sexuelle Belehrung ist im allgemeinen kein Mangel, was aber bisher fehlte, war eine Behandlung der Frage vom Standpunkt des Sozialismus aus und eine praktische Anleitung dazu, wie die geschlechtliche Belehrung von Kindern etwa vorzunehmen ist. Gerade jetzt um die Osterzeit dürfte dieser Mangel von vielen proletarischen Eltern empfunden worden sein, die ihre der Schule entwachsenden Kinder ins Leben gehen lassen müssen mit dem schmerzlichen Einverständnis, daß sie ihnen für die Jahre der Pubertät nichts an Aufklärung und Belehrung mit auf den Weg zu geben vermögen. Da hat nun der unferen Lesern als pädagogischer Schriftsteller und bekannte Genosse Rühle mit seinem Schriftchen — der Wiedergabe eines im Sozialdemokratischen Verein in Bremen gehaltenen Vortrages — die Lücke ausgefüllt. Möge es bei proletarischen Eltern freundliche Aufnahme finden und der proletarischen Jugend zum Segen reichen.

Briefkasten.
K. J. Stockelsdorf. Dienstag verhindert, weil Montag B.-Versammlung und Mittwoch Maifeier.

Quittung.
Für den Preßfonds gingen ein:
Bu. Die Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Berantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. bezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellina. Verleger: Th. Schöwarb. Druck: F. r. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Maifeier 1907

Mittwoch, den 1. Mai d. Js.,

morgens von 9 bis 11 Uhr:

Festlichkeiten, bestehend aus: Festrede, Musik, Gesangsvorträgen und Aufführungen **im „Vereinshaus“, Johannisstraße 46-52.**

Nachmittags:

Ausflug nach dem Etablissement Tiergarten

unter Begleitung von 5 Musikkapellen und Mitnahme von Fahnen, Bannern und sonstigen Emblemen.

Nach Ankunft dortselbst:

Ansprache, Musik und Gesangsvorträge; ferner: Kindervergnügen, Preisschießen, Pfeilwerfen, Tanz für Erwachsene.

Bei eintretender Dunkelheit: Illumination des Festplatzes. — Schluß der Feier: 10 Uhr.

Der Abmarsch des Zuges erfolgt präzise zwei Uhr nachmittags vom Mühlenbrink.

Den Anordnungen des Festkomitees ist unbedingt Folge zu leisten.

Die Festkarten sind sichtbar zu tragen.

Die Gewerkschaften werden gebeten, ein Hilfskomitee zu wählen.

Das Komitee.

Karten à 30 Pfg. sind zu haben bei sämtlichen Distrikts- und Bezirksführern, sowie bei: C. Wittfoot, Hüxstrasse 18, C. Schröder, Loderstrasse 3 Grünwald, Böttcherstrasse 18, „Vereinshaus“, Johannisstrasse 46-52, und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“.

Die Festkarten müssen bereits bei der Morgen-Festlichkeit vorgezeigt werden.

Am 23. d. M., 8 1/2 Uhr, entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder treuversorgende Mutter

Caroline Krüger geb. Lütgens.

Ziel betrauert von mir, meinen Kindern, Eltern und Geschwistern und allen, die ihr nahe standen.

Wilh. Krüger.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 10 1/2 Uhr vorm. von der Kapelle des allgemeinen Gottesackers aus statt. Trauerfeier 10 1/4 Uhr.

Dem Klubgenossen **Heinr. Schulz** zum Wiegensteine am donnerndes Hoch.

Der lustige Junggesellen-Klub.

Heinr. Bruhns in der Engelsgrube zum Wiegensteine am 25. April ein donnerndes Hoch.

Nun rate mal.

Suche zu sofort 100 Mk. als sicheren Posten in ein kleines Haus gegen hohe Zinsen und eventuelle Abzahlung.

Off. u. G. S. an die Exped. d. Bl.

Gesucht jüngerer Hausburche

Schwartzau. Hotel Kronprinz.

Ein Paar fast neue rolleberne Herren-Zugstiefel, Länge 43, billig zu verkaufen

Chaletstr. 23, II.

Zwei Kommoden billig zu verkaufen

Nützingstr. 41.

Familienfeier halber bleibt mein Lokal Donnerstag abend 8 Uhr und Freitag, den 26. April, geschlossen.

Carl Wieck, Untertrave 35.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton

per 100 Stück von 1 Mk. an.

Die Druckerei des Lübh. Volksboten.

Buntekub-, Krummhauer und Lützenburger Doppel-Stimmeln

sowie sämtliche Weine und Spirituosen empfiehlt

Hans Pichelmann,

Friedenstraße 78, Eingang Drolingstr. 1. Lubeca-Rabattmarken.



Hochfeine, goldgelbe

Kieler Bücklinge

4 Stück 25 Pfg.

Dän. Goldbutt Pfd. 30 Pfg.

Kote Lubeca-Marken.

Fischhalle „Hansa“

Hünshausen 33. Telephon 1869.

Wer Geld sparen will,

kaufe seinen Bedarf an Schuhwaren

Sadowastr. 34.

Verkaufe von sämtl. Schuhwaren zu jedem annehmbaren Preis.

Achtung Transportarbeiter!

Vertrauensmännerziehung der Kutscher

am Freitag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Der Vorstand.

Johannes Probst

Uhrmacher Marktstraße 29

Reparaturen unter Garantie prompt und billigt. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pfg. an.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Abers** 10. Kohn.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen . . . 2,20-6,45

Maurerhosen . . . 2,60-8,75

Schlosserhosen . . . 1,88-5,25

Ueberziehhosen . . . 1,08-2,35

Swirn-Hosen . . . 1,68-3,25

Leinene Fäden, Schräge und gerade, 1,28

Kragen, Hemden, Schlachterjaden, Pfeifejaden,

Kaiser-Mantel ersichtlich billig.

Wägen von 30 Pfg. bis 1,38 Mk.

Kote Lubeca-Marken.

Nur prima Ware.

Unter Konkurrenz-Preise.

Beste weiße Seifen Pfd. 26 und 30 Pfg.

Beste Sorte Schmierseife Pfd. 18 =

Soda Pfd. 4 Pfg. Stärke = 28 =

Wärfelzucker = 22 =

Streu Zucker = 20 =

ff. Tafelreis Pfd. 18, Reismehl = 16 =

ff. Kaffee Pfd. 80, 100, 120, 140 =

sowie sämtliche Kolonial- und Zeitwaren

empfiehlt

das Konjungegeschäft von **Emil Timmann**

2 Lützowstraße 2.

Misch-Kaffee

gut schmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Ferienstr. 149. Breitestr. 54.

5 Pfg. pro Pfund aufwärts zahle für Haus-

standstumpfen, sowie die höchsten Preise f. Altimetalle u. Gummi. Adstr. 37. Teleph. 1813.

Achtung Bauarbeiter!

Wegen Erkrankung des Kollegen Albrecht findet die Außerordentliche Versammlung am

Freitag, den 26. d. M., nicht statt.

Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Bandelegierten-Sigung

am Freitag, den 26. April.

NB. Laut Beschluß der Versammlung müssen sich alle Kollegen am 1. Mai, morgens zwischen 8 und 9 Uhr, zur Kontrolle melden.

Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitgliederversammlung

der Zentral-Krankenkasse Grund-

stein zur Einigkeit

am Freitag, den 25. April 1907,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907.

2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Panorama

Breitestr. 53, 1. Stg.

Auf vielfachen Wunsch

H A R Z.

Alteisdorf, Gernrode, Thale, Bodethal,

Ilfeldburg, Sarsburg usw.

Hansa-Theater

Heute Donnerstag:

Gastspiel

des **Berliner**

Apollo-Ensembles

mit seinen aufs glänzendste

ausgestatteten Operetten von Paul Linke.

Zum ersten Male:

Frau Luna.

Gr. Ausstattungs-Burlesque in 5 Bildern

von Volten-Bäckers.

1. Bild: Zu der Dachstube.

2. Bild: Die Fahrt auf dem Luftballon.

3. Bild: Auf dem Monde.

4. Bild: Im Reich der Sterne.

5. Bild: Apotheose.

Im 4. Bilde:

Großes Sternen-Ballet.

arrangiert vom Balletmeister G. Ceruti.

60 Mitwirkende - 30 Balletdamen.

Vorverkauf bei Sager.

Morgen:

Dieselbe Vorstellung.

Herkunft der freisinnigen Mandate.

Der Freisinn aller drei Richtungen gebürdet sich seit den letzten Wahlen, als ob er seinen Mandatszuwachs einer neuen freisinnigen Strömung in der deutschen Wählererschaft zu verdanken habe. Dieser grundsätzlichen Auffassung tritt der „Vorwärts“ entgegen in einer ziffernmäßigen Beantwortung der Frage, wem die linksliberalen Gruppen ihre Mandate verdanken. Der „Vorwärts“ schreibt dazu:

Die linksliberalen Gruppen haben im neuen Reichstage 49 Sitze inne, davon die Freisinnige Volkspartei 27, die Freisinnige Vereinigung 14, die Süddeutsche Volkspartei 7. Als wildliberal gilt der Inhaber des Sonneberger Mandats. Von diesen 49 Mandaten haben die nichtkristlich „geceinten“ Linksliberalen 10 bei der Hauptwahl erobert. 1903 haben die drei linksliberalen Fraktionen bekanntlich kein einziges Mandat in der Hauptwahl erobert. Wodurch war es diesmal möglich, daß die Linksliberalen im ersten Rennen 10 Mandate gewannen? Haben sie wieder sowel „eigene Kraft“ entwickelt? Keine Spur. Die gewonnenen 10 Mandate stelen den Linksliberalen bereits am 25. Januar zu, weil in den betreffenden Kreisen die Rechtsparteien im Gegensatz zu 1903 keine Kandidaten aufstellten. Die Freisinnigen haben durch Verzicht auf freisinnige Kandidaten bei der Hauptwahl der Reaktion 11 Mandate zugeschanzt.

Die von den Linksliberalen im ersten Gange gewonnenen 10 Mandate sind dafür nur die Gegenleistung der Reaktion. Es brachten 1903 auf in

Dessau	die Nationalliberalen	5704 Stimmen
Meiningen	„	3891 „
Hof	„	7573 „
Reutlingen	„	4744 „
Göppingen	„	3725 „
Zeitz	„	9458 „
Königsberg	die Nationalliberalen und die Konservativen	3213 „
Breslau W	die Nationalliberalen	8180 „
Sonneberg	die Reichspartei	2716 „

Zu Halle stand 1903 dem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei ein Kandidat der Freisinnigen Vereinigung gegenüber, der auch von den Konservativen und Nationalliberalen unterstützt wurde und 9431 Stimmen erhielt.

Am interessantesten sind die Verhältnisse in Breslau-West und in Naumburg-Zeitz. In Breslau-West erhielten 1903 der freisinnige Kandidat 6594 und der konservative Kandidat 8190 Stimmen. Trotzdem durfte der Freisinnige Volksparteiler 1907 Sammelkandidat des Hottentottenblocks sein, weil die Freisinnigen dafür in Weesau-Ost gegen den konservativen Fürsten Hasfeld auf die Aufstellung eines liberalen Kandidaten verzichteten. In Naumburg-Zeitz wurden für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien 1903 abgegeben 6403 freikonservative, 9458 nationalliberale und 0 freisinnige Stimmen! 1907 legte der freisinnige Volksparteiler aber als alleiniger Kandidat des konservativ-nationalliberal-freisinnigen Mischbündnis im ersten Gange! Von Parteiprinzipien und Parteiprogrammen haben mindestens 99 Proz. der bürgerlichen Wähler keine blasse Ahnung.

In den Stichwahlen haben die Freisinnigen den Rechtsparteien 32 Mandate zugeschanzt. Was war hier die Gegenleistung? Die Antisemiten halfen in Stettin, in

Lauenburg und in Lennep dem bleideren Freisinn. Sie gaben dem Freisinn drei Mandate und verdankten selbst der freisinnigen Hilfe nicht weniger als sechs. Im politischen „Geschäft“ sind die Antisemiten dem Freisinn also über. Vier Mandate lieferten die Konservativen dem Freisinn in der Stichwahl aus, nämlich Danzig, Plauen, Görlitz und Oldenburg 1, Berlin I und Hirschberg, die in der Stichwahl vom Freisinn erobert wurden, lassen wir bei dieser Betrachtung aus, da hier der Freisinn vor den Sozialdemokraten einen Vorsprung hatte, der die reichlich gewährte Hilfe der Rechtsparteien nicht als zum Erfolge unbedingt notwendig erscheinen läßt. Der Bund der Landwirte lieferte dem Freisinn drei Mandate aus, nämlich Zittau, Bremen und Erlangen, der Süddeutsche Bauernbund 1, nämlich Ulm. Des ferneren verdankt der Freisinn noch in der Stichwahl den Nationalliberalen drei Mandate, nämlich Pinneberg, Tever und Nordhausen. Endlich haben Nationalliberalen, Antisemiten und das Zentrum gemeinsam Frankfurt a. M. den Linksliberalen ausgeliefert. Die Rechtsparteien gaben also den Linksliberalen in der Stichwahl 15 Mandate und erhielten dafür 32 Mandate!! Die Linksliberalen haben durch die Unterstützung nicht nur ihre Prinzipien verraten und ihre politische Ehre verkauft, sondern sie sind auch noch die Gemeinerten bei diesen politischen Schachergeschäften. Die beiden Mandate für Hagen und Iserlohn erhielten die Freisinnigen, weil die sogenannten besseren Katholiken in der Stichwahl den liberalen Kandidaten dem Sozialdemokraten vorzogen, während die kleinen Leute sozialdemokratisch wählten. In beiden Kreisen hatten die Nationalliberalen 1907 keine Kandidaten aufgestellt, während 1903 in Hagen 5785 und in Iserlohn 7440 nationalliberale Stimmen abgegeben wurden.

Die übrigen 20 von insgesamt 49 Mandaten verdanken die Linksliberalen der sozialdemokratischen Unterstützung.

Die Freisinnige Vereinigung hat von 14 Mandaten 10 nur mit sozialdemokratischer Hilfe erobert, nämlich Uckermünde, Greifswald, Parchim, Hagenow, Slogau, Wittenberg-Schweinitz, Plön, Detmold, Waldeck und Heilbronn.

Die Freisinnige Volkspartei hat von 27 Mandaten 7 mit sozialdemokratischer Unterstützung gewonnen, nämlich Bunzlau, Liegnitz, Jauer, Löwenberg, Stralsund, Tondern und Schleswig. In Niederschlesien hat die gehässige Kampfesweise des Freisinnigen den Freisinnigen bekanntlich den Verlust des Saganer Mandats gebracht. Auch im Löwenberger, Bunzlauer und Liegnitzer Kreise enthielt sich ein Teil der Sozialdemokraten der Stimme in der Stichwahl. Aber selbst ein Kopsch hätte nie gewählt werden können, wenn nicht ein Teil der Sozialdemokraten für ihn gestimmt hätte.

Die Süddeutsche Volkspartei verdankt von sieben Mandaten drei der sozialdemokratischen Stichwahl-Unterstützung, nämlich Balingen, Nagold und Freudenstadt.

Bei unseren Betrachtungen haben wir Mühlhausen in Thüringen außer Betracht gelassen, obwohl es gleichfalls am 4. Februar mit sozialdemokratischer Hilfe für den Freisinn erobert wurde, denn Mühlhausen hat ja Herr Eichhoff inzwischen durch seinen Mandatsverzicht dem Bunde der Landwirte in die Hände gespielt.

Nach diesen Feststellungen ersucht der „Vorwärts“ die Linksliberalen, sie möchten doch angesichts der Tatsache,

daß sie vierzig Prozent ihrer Mandate der Sozialdemokratie verdanken, endlich so abgedroschene Phrasen wie etwa die, durch die Sozialdemokratie seien die Reaktionen unterstützt worden, beiseite lassen. Dieser Forderung werden die Freisinnigen nicht nachkommen, obwohl es nichts Lächerlicheres gibt als ihre Behauptung. Gerade die Freisinnigen sind es gewesen, die, wie oben nachgewiesen, der Reaktion Mandate ausgeliefert haben. In Pommern hatten es die Freisinnigen in der Hand, den Wahlkreis Ransom-Greifenhagen der Reaktion zu entreißen, indem sie bei der Stichwahl den Sozialdemokraten wählten. Das haben sie nicht getan, sondern sie haben fast Mann für Mann den Reaktions-Freiherrn von Steinacker-Rosenselde gewählt. In den drei Kreisen dagegen, in dem die Stichwahlentscheidung in den Händen der Sozialdemokratie lag, in Stralsund, Greifswald-Grimmen und Uckermünde-Ujedom-Wollin haben die Sozialdemokraten den Freisinnigen dann zum Siege verholfen.

In gewissem Sinne ist freilich die Behauptung der Freisinnigen, die Sozialdemokratie habe die Reaktion unterstützt, doch nicht unberechtigt, nämlich insofern, als die Sozialdemokratie dem Freisinn zwanzig Mandate verschafft hat. Von dieser Unterstützung der Reaktion sich freizuhalten, wird der Sozialdemokratie in Zukunft nicht schwer fallen.

Die Maifeier-Parole des Parteivorstandes

Ist, soweit wir übersehen können, nur in einem einzigen Parteiblatt auf Widerspruch gestoßen. Wenn auch das Gefühl sich gegen dieselbe sträubt, der kühl erwägende Verstand sagt uns, daß der Parteivorstand angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse das richtige getroffen hat.

Von großem Interesse für unsere Leser dürften zweifellos die Gründe sein, die den Parteivorstand zu diesem Schritte leiteten. Auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins, die am letzten Sonntag stattfand, riefte ein Redner den Maifeierauftritt des Parteivorstandes. Hierauf antwortete Genosse Singer als Vertreter des Parteivorstandes u. a. folgendes:

Als der Parteivorstand seinen Aufruf erließ, war er sich nicht im Zweifel darüber, daß er etwas tat, was einem großen Teil der Genossen im ersten Augenblick unangenehm sein werde. Der Parteivorstand ist mit den Genossen natürlich darin einig, daß die Arbeitsruhe die würdigste Form der Maifeier ist. Wo durch Arbeitsruhe demonstriert werden kann, da soll es geschehen. Wir sind der Meinung, daß dieser Grundsatz für Berlin aufrecht erhalten werden muß. Aber unsere eigenen Wünsche müssen zurücktreten, wo höhere Interessen auf dem Spiele stehen. Es wäre ein schlechter Parteivorstand, der nicht offen und ehrlich aussprechen wollte, was er im Interesse der Partei für notwendig hält, selbst wenn es einem Teil der Genossen unangenehm sein sollte. Wenn es nach unseren Wünschen ginge, dann müßte jeder klassenbewußte Arbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Aber die Tatsachen sind harte Dinge, sie richten sich nicht nach unseren Wünschen. Wer an führender Stelle steht, muß sich dessen bewußt sein, daß seine Beschlüsse und Hand-

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreyer.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dulters fühlte sich seltsam bewegt. Er hätte lachen mögen über die ganze Szene. Auch ein hübsches Straßenbild: ein Millionär im Gespräch mit einem Verkommenen über die tiefsten Dinge dieser Welt. Was nützte ihm nun der teure Pelz, in dem sein warmer Körper nichts von der Kälte dieser Nacht verspürte, was seine kostbare Villa, in der das mollige Schlafgemach mit warmer Sehnacht seiner harrete! Dieser Unglückliche, der, das verkörperte Glend dieser Welt, hat steif gefroren, nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte, stand stitlich hoch über ihm, denn er hatte gefühlt, bekannte frei und offen seine Schuld und vertrat, wenn auch nach seiner Art, mit einer gewissen Zärtlichkeit den Standpunkt des Volkes zu Weib und Kind. Reiche und Arme hatten in denselben Abgrund geblickt, aber der eine noch in der dunklen Tiefe die duftenden Blumen gesehen, die der andere brutal zertreten hatte, sich ihrer Wehrlosigkeit bewußt.

„Hier, nehmen Sie das, aber verrichten Sie nicht alles auf einmal.“ Er reichte ihm einen Taler hin. „Für die Bekehrung.“ fügte er hinzu, als der andere nicht zugreifen wagte, ihn vielmehr ungläubig ansah. Er schien wieder irre daran zu werden, mit wem er es wohl zu tun haben könnte. „Herr Graf wollen mir wohl 'n Bißken uffzieh'n,“ sagte er zögernd, die verquollenen Augen groß auf den Taler gerichtet. „Ja kann nich rausgeben, ... Hee Herr Graf, jo wat dürfen Se mit 'nen armen Menschen nich machen.“

„Dummer Kerl, jo nimme doch.“ Dulters drückte ihm das Geld in die Hand und ließ ihn stehen. Zehn Schritte etwa war er weiter gegangen, als der Verkommene aus seiner Verblüffung erwachte, nachdem er halb sprachlos seinen Dant gesammelt hatte.

„Herr Graf, Herr Graf, ich habe noch wat vergessen.“ rannte er hinter ihm her und war dann wieder an seiner Seite. „Für den Dreimärker kann ich Ihnen ooch det Ende von de Geschichte erzählen. Jedanter hat mit de Alle det doch nich. Daweil ich im Kitzgen war, is se mir mit 'nen andern durchjedrannt. In Schlafbusche hatte sich bei inenister. De Wöbel und de Viehe hat se mitgenommen. Sonst wäre ich woll ooch nich jo ununterkommen. Er war wahrhaftig jenen meinen Willen ... Ja wollte ihn det bloß jagen, Herr Graf, da-

mit Se sehen, det's de Weiber manchmal nich wert sind. Aber murren dhu ich doch nich, ich hätt'n nich dottschiagen sollen. Et is allens Bestimmung. Der liebe Gott verjelt's dem Herrn Graf.“ Er zog seinen schäbigen Dettel ab und dienteerte ein paar mal, denn er war in seiner alten Manier wieder neben Dulters einhergetracht.

Dieser blieb abermals stehen und sah ihm nun fest in die Augen. „Hast du noch Lust zur Arbeit, oder is's auch schon damit zu Ende?“ fragte er, weil nach dieser plötzlichen Wendung das Mitleid in ihm hell erwachte.

„Ja mechte schon jerne arbeiten, aber et nimmt mir ja steener mehr.“

„Wenn es dir Ernst ist, dann melde dich morgen früh um acht und sage nur, der Herr Chef hätte dich herbestellt.“ Er bezeichnete ihm seinen Holzhof, nickte ihm zu und ließ ihn abermals stehen, nun endlich befreit von ihm.

„Ja werde kommen, Herr Graf.“

Ohne sich umzublicken, schritt Dulters eilig weiter. Erst als er bei der Wiegung des Weges unwillkürlich das Gesicht halb nach rückwärts wandte, sah er den armen Teufel noch auf derselben Stelle stehen und dem Wohlthäter nachblicken, als könnte er dieses „Wintermärchen“ noch immer nicht begreifen.

Es begann wieder zu schneien und diesmal fielen große Klößen vom Himmel hernieder, die wie erstarrete, weiße Wölkchen im Licht der nahen Laternen lustig durcheinanderwirbelten. Strichweise fielen sie dann zur Erde, mit einer Heftigkeit, als wollten sie den ganzen Tiergarten in einem erstarreten Döbel ertränken.

Dulters war mit sich zufrieden. Wer konnte wissen, ob nicht jener Glende unter dieser ungeheuren Leichenbede der Natur langsam zum ewigen Schlafe eingegangen wäre, wenn ihm der Zufall nicht einen andern reutigen Sünder mit offener Hand entgegengetrieben hätte? Dulters kannte jäh seinen Schritt. Nein, nein — nicht diesen dunklen Weg, der die Gasse bis zur nächsten Straße abschneitt. Oben drohten wieder die Geisterfinger, die ihm in seiner Einbildung plötzlich wie Krallen erschienen, die sich langsam nach ihm herunterstrecken wollten, ihn festzuhalten und zu erdroffeln. So machte er den Umweg durch die Gennesträße, und bog von dort in die Tiergartenstraße ein, sich immer an den Häusern im Lichte der Laternen haltend.

V.

„Weiß wie ein Schneemann langte er an dem Gitter an, das den Vorgarten des Hauses von der Straße trennte. Bevor er die Tür schloß, schüttelte er sich wie ein Pudel. Er wollte denn doch diesen überflüssigen Himmelsjegen nicht

mit sich in den Korridor schleppen. Es war eigentlich lächerlich, daß er, der Chef des Hauses Dulters, betropft wie ein Nachtwächter nach Hause kam, als wenn es in dem großen Berlin keine Droschken gäbe. Aber er war ganz zufrieden damit. Während andere bereits in ihren warmen Betten lagen und ihr bißchen Verdand ausschließen, hatte er den letzten durch eine feltene Nachtstudie gehörig geschärft. Auch ein Straßenlump konnte manchmal einen Millionär bekehren. Und war es nicht eine schöne Bekehrung für ihn, daß dieser Obdachlose ihm gestehen mußte, er habe für die Verzeihung seiner Frau doch noch Untand geerntet? Diese Moral auf seine, Dulters, Ehrengödie angewendet, konnte zu ganz ähnlichen Schlüssen führen. Denn wenn er dem Verführer nachgeeilt wäre, ihn erschossen hätte statt seiner Frau — wäre er nicht vielleicht mit derselben Untandbarkeit belohnt worden? Wer einmal gestohlen hat, stiehlt zum zweitenmal, und wer einmal die Ehe gebrochen hat, wird sich hüten, damit aufzuheben. Im Handumdrehen war Dulters von seinem Respekt vor der Lebenserfahrung des armen Kerls abgekommen. Ehebrecherinnen auch noch mit verirrten Kindern zu vergleichen — das fehlte noch! Ihnen womöglich noch die Wange streicheln und sie zu bitten, es nicht wieder zu tun! Das war ein Gefeg für Schwächlinge, nicht aber für Leute mit eiserner Stirn, die dem Leben den Kampf angeboten hatten. Ein Weib mußte wissen, was es tat, namentlich wenn es die Welt kannte und Anspruch auf Bildung erhob. Und vielleicht den Familienschmutz an die Öffentlichkeit zerren sollen, um erötend vor dem Richter zu stehen? Nein, dreimal nein, dann lieber Selbsthilfe. Wer von verbotenen Früchten naschte, mußte auch die Folgen tragen.

Wie alle Menschen, die unter einem eingebildeten Recht leiden, belog sich Dulters wieder selbst. Aber diese Selbstliege war doch klares Wasser auf die Mühle seines Gewissens, das ihn auf Stunden hinaus erfrischte.

Er war im Treppenhause und kam endlich auf andere Gedanken. Alles war ihm blüßschnell durch den Kopf geschossen, wie das große Zusammenfallen einer letzten Seelenrevue. Es brannte noch Licht. Eine Petroleumflamme stand auf der Marmorplatte des Garderobenspiegels und warf ihren dämmernden Schein auf das pompejanische Rot der Wände, das vom Glasbild sich warmtönig löstete, im Schatten der breiten Treppe aber, die hinauf zum ersten Stockwerk führte, vom Dämmerdunkel verschlungen wurde.

Berschlafen, mit zerdrückter Schmalzstrich, kam der Diener aus seiner kleinen Loge hervor. Wenn der Herr von der Reife kam, mußte man auf dem Posten sein, sollte auch schon die Morgenröte hereinleuchten, wie es nach

lungen Konsequenzen haben. Wir müssen uns fragen, ob wir diese Konsequenzen ohne Schaden für die Allgemeinheit durchführen können. Nach unseren Parteitage beschließen ist die Arbeitsruhe kein unbedingtes Erfordernis bei der Maisfeier. Wenn wir das anerkennen, müssen wir fragen, wie steht es in diesem Jahre mit der Maisfeier. Niemand in der Partei wird bestreiten, daß wir durch politische und wirtschaftliche Verhältnisse in eine Situation gekommen sind, wo das Unternehmertum sehr wohlwollend, in Kämpfen mit den Arbeitern zu geraten, um seine Macht über dieselben mehr als bisher geltend zu machen. Wir stehen am Anfang einer wirtschaftlichen Krise und gehen einer Zeit entgegen, wo der in einer Krise verwickelte Kapitalismus ein Interesse hat, die Arbeiterbewegung noch mehr als bisher anzufeuern. Hierin läßt sich nicht leugnen, daß der gegenwärtige Moment der allerungeeignetste ist, um schwere Kämpfe mit dem Unternehmertum heraufzubeschwören. Das Unternehmertum ist des Glaubens, daß uns die Reichstagswahlen eine Niederlage bereitet haben, sein Machtkrieg ist in einer Weise geschwollen, daß es jede Gelegenheit benutzen wird, um seine Abergewalt über die Arbeiter geltend zu machen. Das Unternehmertum glaubt, es sei jetzt an der Zeit, die Arbeiterbewegung zu zerstören. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai in vielen Fällen den Arbeitern willkommenen Anlaß zu Ausperrungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Arbeitern abzuwälzen. In seinem kapitalistischen Interesse wünscht jetzt das Unternehmertum Konflikte mit den Arbeitern. Durch die Arbeitsruhe würden also große wirtschaftliche Kämpfe entseht, die nicht vorübergehend, sondern von langer Dauer sein werden. Der Ausgang solcher Kämpfe würde in der gegenwärtigen Situation nicht zum Siege der Arbeiter, sondern zum Siege der Unternehmer führen. Wenn die Situation augenblicklich so wäre, daß die Arbeiter große Kämpfe mit den Arbeitern führen können, dann würde der Parteivorstand gewiß nicht von solchen Kämpfen abraten. Die Maisfeier soll keineswegs aufgehoben werden, sondern da, wo ohne Schädigung durch Arbeitsruhe demonstriert werden kann, soll es geschehen. Aber es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, wo die Arbeitsruhe erzwungen werden kann. Es ist ein Akt der Klugheit, wenn die Arbeiter den Kampf nicht zu einer Zeit aufnehmen, wo er keine Aussicht auf Erfolg bietet. Von Aufhebung der Maisfeier ist keine Rede. . . Das Interesse der Partei erfordert es, daß die Arbeitsruhe da vermieden wird, wo sie Kämpfe zur Folge hat. Daß die Auffassung des Parteivorstandes richtig ist, dafür gibt uns Hamburg einen Beweis. Was Genosse Zeplin an der Haltung des Parteivorstandes tadelt, das haben die Hamburger Schauerleute dem Parteivorstand gedankt. Sie konnten ihren Kampf beenden durch teilweises Entgegenkommen der Unternehmer und durch ihren Verzicht auf die Arbeitsruhe am 1. Mai. Diesen Entschluß konnten sie nach dem Aufruf des Parteivorstandes lassen. Unsere Parteitage beschließen fordern nicht, daß ein jeder Preis die Arbeit ruhen soll, sondern die Arbeitsruhe wird nur unter der Voraussetzung gefordert, daß sie ohne Schädigung der Arbeiterinteressen durchgeführt werden kann. Jetzt, wo die Scharfmacher nur darauf warten, einen Kampf gegen das Koalitionsrecht zu führen, sollten wir ihnen keine Gelegenheit zum Kampf geben. Die Macht der Sozialdemokratie wird nicht dadurch verringert, daß wir den Gegnern zeigen, daß wir kühl und ruhig die Situation betrachten und uns alles reiflich überlegen, ehe wir zu den Waffen greifen. Dem Reichstage soll ja ein Vereinsgesetz vorgelegt werden. Alle Parteien spielen sich jetzt als Freunde der Sozialreform und der Sicherung des Vereinsrechts auf. Die wollen abwarten, ob der Hottentottenblock mit dem antinationalen Block zusammengehen wird, wenn es gilt, ein neues Vereins- und Versammlungsrecht zu schaffen, bei dem das Koalitionsrecht in vollem Umfange gewahrt

wird. Nehmen wir an, die Arbeitsruhe am 1. Mai wird durchgeführt gegen den Widerstand der Unternehmer, sie führt zu langen wirtschaftlichen Kämpfen, bei denen es ja ohne Reibungen nicht abgeht. Nehmen wir an, der Kampf dauert, falls die vorhandenen Mittel dazu ausreichen, monatelang und muß schließlich aus Mangel an Mitteln abgebrochen werden. Halten Sie das für eine der Partei würdige Stellung, wenn unter solchen Umständen zum Abbruch des Kampfes geraten werden muß, oder ist es nicht würdiger und angemessener, wenn wir ruhig und kühl den Dingen ins Auge sehen und erst dann den Kampf aufnehmen, wenn wir glauben, Aussicht auf Erfolg zu haben. Wenn jetzt große Kämpfe wegen der Arbeitsruhe kommen, welche Konsequenzen wird die Regierung und das Scharfmachertum daraus ziehen? Die Möglichkeit, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht sowie ein gesichertes Koalitionsrecht zu bekommen würde erschwert, wenn nicht ausgeschlossen werden. Die Partei ist stark genug, den billigen Hohn der Gegner zu ertragen, welche sagen, wir machen einen Rückzug. Wir wollen doch sehen, ob die Gegner auch dann noch höhnen, wenn die Verhältnisse gekommen sind, wo wir die Möglichkeit haben, einen aussichtsreichen Kampf zu führen. Große Kämpfe führen die Arbeiter nicht an der Schwelle einer wirtschaftlichen Krise, sondern zu einer Zeit, wo eine wirtschaftliche Prosperität herrscht und die Arbeitskraft gebraucht wird. Wenn jetzt der Parteivorstand den Genossen den Rat gibt, von der Arbeitsruhe abzusehen, wo schädliche Folgen zu erwarten sind, so hat er damit seine Pflicht getan und hat sich dabei selbst überwinden müssen. Wir haben nur gesagt, überlegt End, ob Ihr in diesem Jahre die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Parteinteressen durchführen könnt. Die Entscheidung, Parteigenossen, liegt bei Ihnen.

Soziales und Parteileben.

Die Berliner Dachdecker sind ausgeperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Schuhmacher in Danzig sind in den Ausstand getreten.

Der Metallarbeiterstreik bei Seidel u. Naumann in Dresden ist bekanntlich entstanden, weil die Arbeiter die fortwährenden Lohnabsätze, Maßregelungen und Drangsalierungen durch die Fabrikleitung sich nicht mehr gefallen lassen konnten. Das hält aber die Leitung des Metallindustriellenverbandes nicht ab, folgendes „vertrauliche“ Zirkular zu versenden:

Vertraulich.
Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

J.-N. 897. Berlin, den 8. April 1907.
Rundschreiben Nummer 90 pro 1907.

Bei der Firma Seidel u. Naumann A.-G., Dresden-A., haben am Samstag, den 6. April, früh, circa 1400 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Vorstand und der Prüfungsausschuß unseres Bezirksverbandes Dresden haben den Streik als völlig unbedeutend und als einen böswilligen Akt der Frivolität seitens der Organisation anerkannt.

Wir erziehen Leute, welche von genannter Firma kommen, auf keinen Fall einzustellen.

Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

Nach dem, was bisher über das Verhalten der Firma Seidel und Naumann einem großen Teil ihrer Arbeiter gegenüber bekannt geworden ist, liegt allerdings ein „böswilliger Akt der Frivolität“ vor, aber nicht bei den Arbeitern, sondern auf Seiten der Scharfmacher. Das beweist schon die Tatsache, daß die Arbeiter zu einem ehrlichen Frieden bereit sind. Man will aber trotz der neugegründeten famosen „Verhandlungsnorm“ nicht mit ihnen verhandeln. Der Herrendienst stellt den Scharfmachern noch viel zu sehr im Kopfe.

Zum drohenden Konflikt im Königsberger Hafen ist zu melden, daß die Obercharfmacher bisher ihre lähne Ankündigung, eine „rückichtslose Ausdeckerung“ vorzunehmen, damit Ruhe in den Hafen eintritt, nicht in die Tat umgesetzt haben. Sie scheinen entweder auf eine bessere Gelegenheit zu warten oder sie haben die größere Anzahl der Reederei und Großkaufleute für ihre Pläne nicht gewinnen

können. Sie haben dem Hafenarbeiterverband vielmehr ein Schreiben gefandt, in dem sie verlangen, daß die Hafenarbeiter niemand an der Arbeit hindern und daß dieselben sich nicht melieren sollen, auch mit nichtorganisierten oder anderen Verbänden angehörigen Arbeitern die erforderliche Arbeit gemeinsam auszuführen. Dabei wissen die Herren sehr gut, daß es keine in Hafenarbeiter einfällt, einen anderen „an freiwilliger Arbeit“ zu hindern. Freilich, das bishigen Freiheit, mit nicht- oder anders organisierten Arbeitern nicht zusammen arbeiten zu wollen, werden sie den Mitgliedern des Hafenarbeiterverbandes schon zugeben müssen. Nach alledem ist der Konflikt keineswegs aus dem Wege geräumt, sondern er kann jeden Tag ausbrechen und sich zu einem fürchtbaren Kampf auswachsen.

Zur Ausperrung der Maler und Anstreicher in Rheinland und Westfalen. Da seitens der Arbeitgeber unzureichende Zahlen in den Zeitungen veröffentlicht werden, ist eine Richtigstellung im Interesse der Wahrheit notwendig. Ausgesperrt resp. im Streit befinden sich laut Kontrolllisten 2746 Gehilfen. Abgereist sind 1276, zu den neuen Bedingungen arbeiten 351 und bei nicht-ausperrungslustigen Firmen sind 618 Gehilfen untergebracht. Ausgesperrt resp. Streikende sind noch 501 vorhanden. Wie der Ausperrungsbeschluss vom 24. März gewirkt hat, geht aus folgenden Zahlen hervor. Im Streit befinden sich die Gehilfen in Düsseldorf, Essen, Grefeld und Kall mit 1459 Beteiligten. Vor dem 24. März wurden 572 Gehilfen in Aachen und Duisburg ausgeperrt, so daß die große Staatsaktion sich über die Orte Grefeld-Barmen, Dortmund, Bochum, Herne, Hamborn, Ruhrort, Herdingen, Gomerich und Bielefeld erstreckt, woselbst sage und schreibe 715 ausgeperrt wurden. Alle bürgerlichen Zeitungsmitteilungen wie die „Düsseldorfer Neuesten Nachrichten“ vom 9. April 1907 sind unrichtig und können nur den Zweck haben, den „bedrängten“ Arbeitgebern Mut zuzusprechen. Dort wird mitgeteilt, die Firma Krupp-Essen habe 300 Gehilfen ausgeperrt, was nicht zutrifft. In Duisburg und Umgegend soll die Zahl der Ausgesperrten 600 betragen; wir stellen genau die Hälfte, 300, fest. Zwischen 8-900 Gehilfen sollen in Grefeld-Barmen ausgeperrt sein, was ebenfalls unrichtig ist, da wir nur 296 in unsere Listen eingetragen haben. In Oberhausen und Mülheim sollte am 15. April die Ausperrung erfolgen, sie ist aber bis heute noch nicht eingetreten. Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes gibt die Zahl der Ausgesperrten auf 5000 an, was durch obige Zahlen richtig gestellt ist. Die schwarzen Listen scheinen nicht genügend Zugkraft gehabt zu haben, deshalb werden die Lieferanten zur Hilfeleistung herangezogen. Man hat beschlossen, diejenigen Lieferanten, die den nicht ausperrenden Malermeistern Materialien liefern, in Zukunft bei der Vergabe von Arbeiten auszuschließen, und übt damit einen unzulässigen Druck aus, der einer Erpressung nahe kommt. Die Organisation wird mit dieser Ausperrungstaktik nicht vernichtet werden können, dagegen bringt man es fertig, das ganze Malerergewerbe zu ruinieren, woran nicht die Gehilfen, sondern die Arbeitgeber die Schuld tragen. Die in den Zeitungen balanzierende Notiz, wonach in Düsseldorf der Streik beender ist, trifft nicht zu. Der Friede ist nur in den Städten Schweinfurt, Siegen und Neunkirchen hergestellt; nach allen oben aufgeführten Städten in Rheinland-Westfalen, ist der Zugang streng fernzuhalten.

Genosse Ulrich in Eisenbach wurde anstelle des verstorbenen Genossen Muer in den Vorstand der Reichstagsfraktion gewählt. Dem Vorstand gehören jetzt an Bebel, Singer und Ulrich.

Nationale Lügenfabrikanten. In den bürgerlichen Blättern vom Schlage der „Post“ war dieser Tage unter der geschmackvollen Stichmarke: „Verrottung der sozialdemokratischen Frivolität“ zu lesen:

Schon wieder ein grober Vertrauensbruch bei der Sozialdemokratie. Der Kassierer des Metallarbeiterverbandes in Nordenham, Kircher, Vorstandsmitglied des dortigen sozialdemokratischen Parteikomitees, ist unter Mitnahme sämtlicher Verbandsgelder flüchtig geworden. Auch eine Anzahl schwerer Wechselkäufungen auf die Namen von Parteigenossen ist festgestellt. Der „flüchtige“ Genosse hat sich nach Holland gewendet.

Nun ist aber festgestellt, daß in Nordenham weder in der sozialdemokratischen Partei, noch in der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes etwas von Vermittlungen und Wechselkäufungen bekannt ist! Auch kennt niemand dort eine Person namens Kircher! Der Kassierer des Metallarbeiterverbandes heißt Schäfer. Es handelt sich

so mancher schönen Sommernacht der Fall gewesen war. Mit verquollenen Augen, mechanisch wie ein Gewohnheitskater, nahm Friedrich seinem Gebieter den Pelz ab, hing ihn breit über einen hochlehnen Stuhl, um ihn später in die warme Garderobe mitzunehmen, und wartete, bis der Gestrange auch die Gummischuhe abgezogen haben würde. Dabei gähnte er verächtlich hinter dem breiten Rücken und dachte bei sich: „Du hästest dich auch früher nach Hause schleppen können. Es ist wahrhaftig kein Vergnügen, sich deiner Laune wegen die Nachtruhe zu stehlen. Unserer ist auch kein Hund.“

„Ist etwas passiert während der Zeit?“ fragte Dulters, nachdem er etne Weile bedauernd seine Reinkleider um die Füße betrachtet hatte.

„Daß ich nicht wüßte. Aus dem Geschäft wurde nur einmal angefragt, wann Herr Dulters wohl zurückkommen würden. Vor etwa drei Tagen. Das gnädige Fräulein konnte aber auch keine Auskunft geben.“

Dulters wußte bereits darum und winkte nur ab. Der Telegraphenverkehr da oben hatte gestockt, weil ein Schneesturm die Leitung unterbrochen hatte. Eine ganze Strecke weit waren die Träger umgerissen. „Wie sieht's mit der Erfüllung meiner Tochter?“ fuhr er fort. „War der Arzt hier?“

„Das gnädige Fräulein sind wieder wohl auf. Der Sanitätsrat sprach zweimal vor.“ gab Friedrich wieder dösig zurück, während dabei seine Gedanken waren: „Dazu wäre eigentlich morgen früh noch Zeit gewesen. In der Nacht examiniert man doch keinen verschlafenen Menschen.“ Wie im Kaufschiebe schwante sein Oberkörper leicht hin und her, wobei er sich bemühte, die Augen vor dem Zufallen zu bewahren.

Dulters winkte befriedigt vor sich hin. Gott sei Dank, daß das Mädel wieder auf dem Posten war. Er hatte sich schon im stillen Vorhaltungen darüber gemacht, nicht von der Bahn direkt nach Hause gefahren zu sein. Solche Kernaturen, wie seine Ottilie eine war, bekamen leicht einen Knacks fort, wenn sie ihrer Gesundheit zuviel zutrauten, und dann blieb gewöhnlich etwas hängen.

Gnädiges Fräulein schienen sehr ungehalten darüber zu sein, daß sie nicht zur Bahn sollte. In der Dopeische habe auch nichts Bestimmtes über die Zeit der Ankunft gestanden.“ fuhr Friedrich fort, als er sich dazu bequem hatte, die Gummischuhe neben den Pelz zu stellen.

Dulters verzog den Mund zu einem trüben Lachen. Das war wieder sein alter Trick, sie über seine Ankunft im unklaren zu lassen. Deshalb sollte sich auch das Mädel in

der Nacht nach dem zügigen Banhof bemühen, obendrein, wo ihr das warme Zimmer dienlicher war.

Friedrich leuchtete nun seinem Herrn langsam die Treppe hinauf, wobei er mit hochgehobener Lampe immer etwas zurückblieb. Während sie unhörbar auf dem weichen Beloutläufer die Stufen nahmen, hatte Dulters immer noch Fragen zu stellen: Was die Gesellschafterin Fräulein von Hänfling mache? Ob Karl, der Hauskutscher, die Rappen an die Luft geführt habe, und wie es sich mit der verletzten Hand des Gärtners verhalte? Sobald er von einer Reise zurückgekehrt war, bekümmerte er sich um die wichtigsten Dinge, gerade, als wäre er ein Jahr lang fern gewesen.

Sie waren oben im Schlafzimmer. Friedrich hatte die Lampe auf den Nachttisch gestellt und beiseite sich nun, in die Rolle des Kammerdieners zu fallen, als er plötzlich sagte: „Da fällt mir noch ein — der junge Graf Lux machte gestern dem gnädigen Fräulein seine Visite.“

Dulters, der sich mit Friedrichs Dilke zu entkleiden begann, blickte überrascht auf, brachte aber nur ein kurzes „So?“ hervor. Dann befahl er, ihn ausnahmsweise erst um neun Uhr zu wecken, und entließ Friedrich, der das Licht im venetianischen Glasleuchter angezündet hatte und nun mit der Kugellampe wieder hinausging.

Die Frage, ob das Gas noch angesteckt werden sollte, hatte Dulters verneint, denn er wünschte nicht mehr große Helle um sich zu haben. Er hatte nur noch den einen Wunsch, sich behaglich in seinem Bett zu strecken und dabei die Briefe, die auf dem Nachttische lagen, zu überfliegen. Plötzlich empfand er Sehnsucht nach seiner Tochter. Sie um diese Stunde noch einmal zu sehen, einen leisen Kuß auf ihre Stirn zu drücken, dünkte ihm nach all den Stunden selbstquäterischer Aufregung wie ein Labial, das ihm zum beruhigenden Schlafmittel werden würde.

Nun ärgerte er sich doch, ihr die Stunde seiner Ankunft nicht mitgeteilt zu haben, denn nun mußte er alles, was er empfand, in den Kopf der Nacht hinübernehmen, womöglich einer schlaflosen Nacht! Noch niemals war er sich so einsam vorgekommen, wie gerade heute, wo er mit einer Art teuflischer Wollust Gespenster der Vergangenheit heraufbeschworen hatte. Er schlüpfte in seinen Schlafrock, nahm das Licht und betrat das nebenliegende Ankleidezimmer Ottilis, hinter dem ihr Schlafraum lag.

Sollte sie nicht, wie gewöhnlich, wenn er zu Hause war, die Tür unverschlossen gelassen haben? Richtig, er hatte sich nicht geirrt. Leise trat er ein. Die Hand vor der Lichtflamme haltend, stand er an ihrem Bette, in dem sie mit aufgelockertem Haare lag, die Hände unter dem Haupte ver-

schränkt, als hätte sie sich vor kurzem erst diese Lage geschaffen. Ihre Wangen waren sanft gerötet, ihr Mund ein wenig geöffnet. Täuschte ihn nicht der breite Schatten seiner Hand, der schräg über ihr Gesicht fiel, so spielte ein sanftes Lächeln um ihre Lippen. Sie schienen zu träumen. Vielleicht etwas Herrliches, Schönes! Und sie ahnte nicht, daß ein armer Sünder tief gerührt sie betrachtete.

Unbeweglich blieb er stehen, den Blick auf ihr Antlitz geheftet, als wollte er von ihrer Stirn die Gedanken lesen, die die Macht der Träume ihr eingeben könnte. Und ihm fiel jene Schreckensnacht wieder ein, wo er auch so am Lager seines Kindes gestanden hatte, es küßte, und sich dann Sehnsucht nach der Mutter in ihm regte. Eine hübsch belohnte Sehnsucht damals!

Er verzog den Mund zu einem Grinsen, dabei empfand er mit einem Gefühl, das sich aus einem seltsamen Gemisch von Freude und Schrecken zusammensetzte, die große Ähnlichkeit, die Ottilie mit ihrer Mutter hatte. Wahrhaftig, wie sie so dalag, war es ihm, als sähe er in seinem Kinde diejenige wieder, die sein ganzes Dasein vergiftet hatte. Niemals war ihm das so auf gefallen, als gerade um diese Stunde, wo der Schlaf nur klare, ruhige Linien zeichnete. Und doch war ein anderer Zug vorhanden, der Zug der Anschul, der Veredelung durch gute Erziehung und gute Sitte.

Dulters fühlte den mächtigen Drang sich über sie zu beugen und die quellenden Lippen mit den feingigen zu berühren. So würde sie seine tiefe, aufrichtige, väterliche Liebe in ihre Träume mit hinübernehmen. Aber nein, nein — sie sollte durch seine Wumpheit in ihrem Schlafe nicht gestört werden. Er hielt das Licht festwärts, so daß er es durch seine Gestalt verdeckte, und fuhr nur mit seiner Hand über ihrem Haupte in der Luft herum, als wollte er segnende Kreise über ihrem Antlitz beschreiben.

Blötzlich schreckte er zusammen. An der Nebentür klopfte es leise, und die blecherne Stimme des Fräulein von Hänfling wurde vernehmbar.

„Ich sehe noch Licht bei Ihnen, Fräulein Ottilie. Ist Ihnen etwas passiert?“

Als hätte die Schlafende die Worte vernommen, bewegte sie sich plötzlich unruhig, ohne jedoch die Augen aufzuschlagen. Schnell verschwand Dulters hinter der Tür zum Ankleidezimmer, die er leise schloß. Einige Augenblicke blieb er laufend stehen, dann, als nebenan alles ruhig blieb, ging er in sein Zimmer zurück.

(Fortsetzung folgt.)

also wieder einmal um eine der üblichen „Ordnungs-
fügungen“, die aber von der nationalen Schwindelpresse nie-
mals widerrufen werden.

Aus Teuchern berichtet unser Hallenser Parteiblatt:
Keine Gemeinschaft war so nichtsnutzig, als daß sie nicht von
den Gegnern bei der Reichstagswahl gegen unsere Partei
und unsere Kandidaten verübt worden wäre. So tauchte in
unseren Wahlkreise auf verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit
die hiebenhafte Verleumdung gegen unseren Genossen Thiele
auf, er sei wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an Schul-
mädchen, zu mehreren Jahren Zuchthaus oder Gefängnis
verurteilt worden. Die Gleichzeitigkeit des Auftretens dieser
alles Maß übersteigenden Gemeinheit läßt die Vermutung
aufkommen, es handle sich um einen Trick des politischen
Spießbüben-Verbandes. Auch der hiesige Führer des
Freisinnigen, Württembergischer Kreis, ein eifriger
Agitator für den Rektor Sommer, hatte sich zum Verbreiter
des Schandflecks gemacht. Und als ihn einer unserer Genossen
warnte und fragte, wie er eine so ungeheuerliche Gemein-
heit behaupten könne, erwiderte Loos, es sei doch wahr,
Thiele verurteilt nun Loos, um diesem Gelegenheit zu geben,
seine Verleumdung zu beweisen. Natürlich war das unmög-
lich, und acht Tage vor dem Gerichtstermine
hat Loos unter dem Ausdruck höchsten We-
dauerns um Verzeihung und erbat sich, alle Kosten
zu tragen. Soweit ging nun allerdings die Rücksicht des
Genossen Thiele nicht. Dachte Loos drei Monate lang, ehe
der Termin festgesetzt wurde, seine Zeit gefunden, um Ver-
zeihung für seine schändliche Verleumdung zu
bitten, so mochte es nun auch zur wirk-
lichen Verhandlung kommen. Wer weiß übrigens, was
dann wieder gelogen worden wäre, wenn dem Beleidiger die
von ihm erbetene unverdiente Schonung zu teil geworden
wäre. Am Freitag fand nun vor dem hiesigen Schöffengericht
die Hauptverhandlung statt. Nachdem Loos ein-
gestanden hatte, daß er nicht den mindesten Beweis
für seine niederträchtige Verleumdung beibringen konnte,
erklärte sich der Vertreter des Genossen Thiele, Rechtsanwalt
Dr. Dittenberger, im Gwiderstand mit seinem nicht an-
wesenden Klienten bereit, die Klage zurückzuziehen, da es ihm
nicht auf eine Verstrafung Loos, sondern nur auf den Nach-
weis ankomme, daß auch nicht der leiseste Schatten von
Wahrheit an der Behauptung Loos sei. Es wurde
dann die Erklärung Loos gerichtlich zu Protokoll ge-
nommen:

1. Der Angeklagte nimmt die Verleumdung
als unwahr und jeder Begründung ent-
behrend mit dem Ausdruck des We-
dauerns zurück.
2. Angeklagter trägt sämtliche Kosten.
3. Der Vergleich soll auf Kosten des Angeklagten im
Teucherner, Weissenfelder und Naumburger Anzeiger
veröffentlicht werden.

Ob wohl ein politischer Gegner mit einem unserer Ge-
nossen auch so mild verfahren, wenn ihm eine so schwere
Verleumdung zugefügt worden wäre?

Eine fortzuziehende Waise gebärende Justiz treibt der
jungliberale bädische Staatsanwalt Junghans in
Mannheim. Unterm 15. April läßt er dem in Zwangs-
haft sitzenden Redakteur Geck eröffnen, daß er sich als An-
geklagter wegen Verleumdung der Schutztruppe — es handelt
sich um die Reproduktion des Bildes einer afrikanischen
Negeraufkriegerin — am 21. April vor dem Schwurgericht
zu verantworten habe. Infolge einer Reichweite Gecks
gegen diese, seine Verteidigung beeinträchtigende Überzeugung
wurde der Fall von der Tagesordnung wieder abgesetzt. In
seiner Beschwerdeschrift an den ersten Staatsanwalt
apostrophiert der sechste Redakteur den Herrn Junghans
also:

„Sie selbst, Herr Staatsanwalt, halten mich seit nun-
mehr bald einer Woche in anderer Sache in einer durch
nichts zu rechtfertigenden Zeugniszwanghaft fest und
wissen ganz genau, daß mir dadurch die Vorbereitung
meiner Verteidigung in dem gegen mich selbst schwebenden
Strafverfahren erheblich erschwert ist. Sie hätten es des-
halb vermeiden sollen, mich mit der plötzlichen Anberau-
mung des Verhandlungstermins in einer Lage zu verlegen,
die für mich geradezu eine Überumpelung bedeutet.“

Diese Art Verleumdung würde der Erste Staatsanwalt
Junghans mit jämmerlichen entgegengenommen haben;
aber daß Geck in der Einleitung seines aus dem Gefängnis
abgeschickten Briefes von seiner Festnahme zum Zweck einer
Zeugnisverweigerung spricht, veranlaßt den Adressaten
des Briefes zu einer zweiten Federzeichnung an den Ge-
fangenen, um ihm gemäß § 12 Abs. 3 des R.-St.-G.-V. eine
Ordnungsstrafe von 30 Mk. aufzuerlegen, weil Geck
durch den Gebrauch jenes Wortes, „also durch einen rohen
Ausfall, den bei einer solchen Eingabe zu beobachtenden
Anstand gröblich verletzt“ habe. Der Staatsanwalt
erklärt ferner, daß er nur wegen der Dringlichkeit der Sache
von einer Rückgabe der Zuschrift zur Reinigung absehe.
Sofort ergreift der Zwangshäftling die Feder und teilt dem
Herrn ersten Staatsanwalt mit, daß eine bestimmte behör-
dliche Maßnahme mittels der Bezeichnung „Zeugnisverweigerung“
nicht kritisiert, sondern damit rein objektiv eine veraltete,
jeder Moral und Vernunft höhnisch sprechende Maßregel be-
zeichnet werden sollte. Dabei habe ihm die vom Karlsruher
Oberpatronen Dr. Ammon, dem bekannten Moralisten des
Schwäbischen Völkchen, auf den vorliegenden Fall ge-
münte Bezeichnung „unwürdige Quälerei“ vor-
geschwebt. Mit dieser Entschuldigung seiner in begreiflicher
Erregung unterlassenen Wortprüfung auf der Goldwaage läßt
es Genosse Oskar Geck aber nicht bewenden. Er rüffelt den
moralpredigenden Staatsanwalt wegen „der gebrauchten Be-
zeichnungen roher Ausfall, gröbliche Anstandsverletzung“
tadelnd ab und geht zu einem sehr wirkungsvollen Pleb über
mit den Worten:

„Was den persönlichen Anstand betrifft, so habe ich
denselben noch allemal — insbesondere auch im politi-
schen Kampf — zu wahren gewußt und muß es ab-
ablehnen, von welcher Seite es auch immer sein mag, Be-
lehrungen darüber entgegenzunehmen.“

Unseren Lesern ist vor einiger Zeit mitgeteilt worden,
daß der Großh. Erste Staatsanwalt Junghans wegen Ver-
leumdung im Gefecht des Landtagswahlkampfes rechtskräftig
zu einer Buße von 60 Mark verurteilt wurde. Daran er-
innerte den öffentlichen Ankläger die Feder seines Gefan-
genen. Nach dreitägigem Bestimmen tat Herr Junghans wieder
einen Fehlerzug, um die Strafverfügung für zurückgenommen
zu erklären, weil Geck versicherte, mit dem Ausdruck „Zeugnis-
verweigerung“ nur allgemeine Kritik geübt zu haben. Aber un-
dankbar wie solch ein der Zwangsverbesserungsanstalt wieder
entzogener Sozialdemokrat nun einmal ist, setzt sich der Re-
dakteur auf seinen Kritikerstuhl und läßt seinem Staats-
anwalt durch die Druckerfärberei der „Volksstimme“ mit-
teilen:

Ihrer liebenden Mühe mit der Ordnungsstrafe wäre
auf jeden Fall umsonst gewesen; die Verfügung wider-
spricht schon in der Form den gesetzlichen Bestimmungen,
weil der Großh. Erste Staatsanwalt zu Mannheim pflicht-
widrig unterließ, auf das Rechtsmittel der Beschwerde hin-
zuweisen!

Setzt auch noch das Volksgericht der Geschworenen bei
dem Schnupftabak- und Aufhängesprozess mit dem Wahrspruch

einer hausbackenen Berechtigung ein, dann bleibt es dem ba-
dischen Landtag erpart, zur Beförderung dieses öffentlichen
Anklägers in die friedlichen Gründe einer beschaulicheren
„Schäferlei“ auch noch die Hände zu rühren.

Wenn Gewerkschaftsbeamte misshandelt werden.
Nachwehen des im letzten Jahre stattgehabten Handels- und
Transportarbeiterstreiks fanden in der letzten Schöffengericht-
sitzung in Reg. ihren Abschluß. Der Gewerkschaftsbeamte
Habicht aus Frankfurt, der eines Morgens am Tore des
Herrn Vaier vorbeiging, um zu kontrollieren, wurde rick-
lungs von letzterem überfallen und erhielt mit einem
Stoße einige Schläge über den Arm, bis ein Angestellter des
Vaier denselben wegriß. Genosse Habicht mußte ärztliche
Hilfe in Anspruch nehmen. Da er in Anbetracht des vor-
gerückten Alters nicht mit gleicher Münze zahlen wollte,
erstattete er Anzeige. Nach reichlich einem halben Jahre kam
die Angelegenheit endlich vor Gericht und der prügelstüchtige
Herr bekam als „Strafe“ 5 Wk. oder 1 Tag Gefängnis
zudiktirt. — Ja, ja, die deutsche Justiz ist streng, aber
gerecht.

Die Verleumdung der „Frankfurter Zeitung“ gegen
die Frankfurter Parteileitung vor Gericht. Vor dem
Schöffengericht Frankfurt a. M. kam am 23. April die
Beleidigungsklage des Frankfurter Parteisekretärs Wil-
helm Dittmann gegen die „Frankfurter Zeitung“ zur
Verhandlung. Die Klage ist ein Nachspiel der Reichstags-
stichwahl. Sie ist deshalb von Interesse, weil der Reichs-
kanzler Fürst von Bülow mit der von der
„Frankfurter Zeitung“ erhobenen Verleumdung in seiner
Reichstagsrede vom 23. Februar gegen die Sozial-
demokratie kämpfte, trotzdem er in Kenntnis gesetzt wurde,
daß die Behauptungen der „Frankfurter Zeitung“ un-
wahr sind, es nicht für nötig hielt, im Reichs-
tag eine diesbezügliche Erklärung abzu-
geben. Der Klage liegt folgender Tatbestand zugrunde:
Am Nachmittag des Stichwahltages ließ das Sozialdemo-
kratische Wahlkomitee ein Flugblatt verbreiten, in dem mit-
geteilt wird, daß ein freisinnigdemokratischer
Wahlhelfer verübt habe, einen Wähler für den demo-
kratischen Reichstagskandidaten R. Dejer umzustimmen,
und gesagt habe: „Wenn Sie Dejer wählen,
gebe ich Ihnen 10 Mark!“ — Die „Frankfurter
Zeitung“ brachte daraufhin im ersten Morgenblatt vom 6.
Februar unter der Spitzmarke „Salunkemoral“
einen Artikel, der unter Anklage steht. Dieser Artikel ist
nebenbei bemerkt — ein Beispiel für den „guten Ton“ der
bürgerlichen Presse, denn in rund 20 Zeilen wimmelt es
nur so von Ausdrücken wie: Fälschung, freche Lüge,
Schurkerei, Frechheit, Fälschungsprodukt usw. Es wird
in dem Artikel zunächst gesagt, daß die Stimmentausch-
behauptung in dem Flugblatt eine freche Lüge sei, und
dann heißt es wörtlich — und dies ist in dem Prozesse
der Hauptpunkt: — „Aber die Frechheit, mit der das
sozialdemokratische Wahlkomitee diese Lü-
gen verbreitete, wird ins rechte Licht erst durch die Tatsache
gerückt, daß dieses Flugblatt bereits gestern Abend
gedruckt und zur Verteilung bereitgelegt war. Wir sind
auf Grund zuverlässiger Informationen in der Lage, jeder-
zeit den Nachweis für die Wahrheit unserer
Behauptung zu erbringen. Das verteilte Flug-
blatt charakterisiert sich danach als eine Schurkerei der
daran beteiligten Personen. Unterzeichnet ist das Fälsch-
ungsprodukt: „Das sozialdemokratische Wahlkomitee,
R. A. Wilh. Dittmann.“ Genosse Dittmann hat darauf-
hin der „Frankfurter Zeitung“ eine Verichtigung zugehen lassen,
des Inhalts, daß ihm die fragliche Mitteilung erst am
Morgen des 5. Februar gemacht worden sei und er
das Flugblatt um 11 Uhr morgens erst in Druck gegeben
habe. Die „Frankf. Ztg.“ druckte zwar die Verichtigung ab,
knippte aber die Bemerkung daran, ihr Gewährsmann
bleibe bei der Behauptung, das fragliche Flug-
blatt bereits am Abend vor der Wahl gesehen und gelesen
zu haben. In dieser Behauptung bemerkte Dittmann in
einer weiteren Zuschrift an die „Frankf. Ztg.“, daß das Flug-
blatt erst am Wahltag selbst, kurz vor Mittag, gedruckt
worden sei und er der Redaktion der „Frankf. Ztg.“ an Ge-
richtsstelle Gelegenheit geben werde, durch ihren Gewährs-
mann unter Eid ihre gegenteilige Behauptung zu beweisen.
Soweit hätte die Angelegenheit nur lokales Interesse bean-
sprucht, wenn nicht der Hitzekünstler Bülow diese Ver-
leumdung im Reichstage zitiert und sie zu der seinigen
gemacht hätte, und zwar trotz der Verichtigungen
Dittmanns in derselben „Frankfurter Zeitung“, die
eigentümlicherweise Fürst Bülow oder seine Ratgeber nicht
kannten. Parteisekretär Dittmann appellierte nun an
Bülow's Wahrheitsliebe und Loyalität und ersuchte ihn am
27. Februar telegraphisch, nachdem Sie die mich aufs-
schwerste kompromittierende objektiv unwahre Behauptung
der „Frankfurter Zeitung“ vor dem ganzen Lande wiederholt
haben, darf ich nunmehr wohl von Ihrer Loyalität erwarten,
daß Sie auch meine Verichtigung, deren Wortlaut im heuti-
gen „Vorwärts“ veröffentlicht wird, an derselben Stelle zur
Kenntnis geben werden.“ Bülow hat auf diese Aufforde-
rung nicht reagiert. Er hat nicht, was man von jedem an-
ständigen Menschen erwarten kann, an derselben Stelle, wo
er die Verleumdung der „Frankfurter Zeitung“ gegen die
Frankfurter Sozialdemokratie als bare Münze vorbrag, die
Verichtigung Dittmanns mitgeteilt. Er ließ wohl in der
Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erklären, daß ihm die
Verichtigung vorher nicht bekannt war; aber der sonst so
redogewandte Bülow, er schwieg da, wo er reden sollte.
So richtete sich die Klage zwar formell nur gegen die
„Frankfurter Zeitung“, tatsächlich aber auch gegen den
Reichskanzler Fürsten Bülow. — Das Gericht verurteilte
den Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ wegen Verleumdung
Dittmanns zu 300 Mark Geld-
strafe und erkannte auf Publikation des Urteils
im „Reichsanzeiger“ und in der „Frankfurter
Zeitung“.

Nach im „liberalen“ Musterlande weht preussischer
Wind. Das tritt wieder einmal recht grell in die Erschei-
nung anlässlich eines Urteils, das gestern vom Mannhei-
mer Schwurgericht gefällt worden ist. Wegen Verleumdung
durch die Presse wurde Genosse Redakteur Vaier von der
„Volksstimme“ zu zwei Monaten Gefängnis ver-
urteilt. Vaier hatte in der „Volksstimme“ kritisiert, daß der
Kittmeister v. Mischwitz, der auf einer Kontroll- u. Versam-
lung den Abg. Dr. Frank beschimpft und von diesem dann
beim Kriegsgericht wegen Verleumdung verklagt worden war,
nervendärztlich behandelt werde. Die Kritik wurde als Ver-
leumdung des Karlsruher Kriegsgerichts angesehen, obwohl die-
ses in dem Artikel gar nicht genannt worden war.

Ein Hochverratsprozess. Dienstag wurde in Leipzig
auf Grund der §§ 81, 82 und 86 des Strafgesetzbuchs die
Schrift des Genossen Karl Liebknecht „Militarismus und
Antimilitarismus“ auf Ver-
fügung des Oberreichsanwalts in Leipzig beschla-
gnet. Die Heute, die der Polizei in die Hände fiel, war
indes gering. Nur 13 Exemplare der Schrift wurden in der
Verlagsbuchhandlung der „Leipziger Volkszeitung“ vorge-
funden. Die beiden Paragraphen des Strafgesetzbuchs, die
zur Begründung der Beschlagnahme angegeben sind, handeln
von Hochverrat § 81, Absatz 2 lautet: „Wer außer
den Fällen des § 80 es unternimmt die Verfassung des

Deutschen Reiches oder eines Bundesstaats oder die in dem-
selben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern wird
wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus
oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft. Sind
mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht
unter fünf Jahren ein. Neben der Festungshaft kann auf Ver-
lust der bekleideten öffentlichen Ämter, sowie der aus öffent-
lichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.“
Der § 86 lautet: „Jede andere, ein hochveräterisches Unter-
nehmen vorbereitende Handlung wird mit Zuchthaus bis zu
drei Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.
Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft
von sechs Monaten bis zu drei Jahren ein.“ Das hört sich
recht arglos an. Indes wird Genosse Karl Liebknecht der
weiteren Entwicklung der Justiz mit Genütsruhe ent-
gegensehen. Es muß nämlich bewiesen werden, daß die
furchtbaren Verbrechen, die der Oberreichsanwalt in der
Droschüre geschildert hat, wirklich darin enthalten sind. Und
dieser Beweis dürfte unmöglich sein.

Zur Bäckerbewegung in Berlin. Eine von zwei
tausend Bäckergesellen besuchte Versammlung be-
schloß einstimmig, den Oberbürgermeister als Vermittler an-
zuzurufen, um den Meistern noch einmal die Hand zum Frieden
zu bieten.

Die Reichsbank ermäßigte ihren Diskont auf
5 1/2 Prozent.

Deutscher Reichstag.

Originallerticht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 24. April 1907.

37. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Gienitz; Frh. v. Stengel.
Nach debattierter Annahme in dritter Lesung des
Vertrags mit den Niederlanden betr. Anerkennung der
Altiengelschaften wird die Generaldebatte über den
Militäretat fortgesetzt.

Veiel (Soz.): Der Reichskanzler hat von Ersparnissen
im Militäretat gesprochen. Die Botschaft hör ich wohl,
allein mir fehlt der Glaube. Die Ausführungen des Kriegs-
ministers vom gestrigen Tage zeigen, wie berechtigt die
Scepis gegenüber den Kanzlererklärungen war. Immerhin
hat mir die Erklärung des Kriegsministers bedeutend besser
gefallen als die Rede, die neulich Dr. Müller-Sagan gehalten
hat und worin dieser, wie es scheint im Einklang mit seiner
gesamten Partei, die Bereitschaft seiner Partei, für Er-
höhungen im Militäretat einzutreten, verkündet. Die Herren
Freisinnigen scheinen sich sehr zu freuen, durch die Verschwa-
gerung, in die sie mit der rechten Seite getreten sind, aus
der ihnen unbequem gewordenen oppositionellen Stellung
befreit zu sein. — Es ist jetzt viel von Kriegsgefahr die
Rede. Ich gehöre, obwohl der politische Himmel nichts
weniger als unbedeutend ist, augenblicklich nicht zu den
Schwarzsehern. Ich glaube, daß jede Macht es sich noch
zermalen überlegen wird, ehe man in Europa den großen
Generalmarsch bläst. Daß durch die Militärlasten die
Kulturaufgaben im höchsten Grade beeinträchtigt werden,
ist eine unbestrittene Tatsache. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Wirkliche
und betriebliche Ersparnisse könnten durch Verkürzung der
Dienstzeit erzielt werden. Hier zeigt die Militärverwaltung
allernächst recht wenig Entgegenkommen. Man beruft sich
auf die Sachautoritäten. Die Sachautoritäten haben aber
schon manches für unmöglich erklärt, was nachher durch-
geführt wurde. Ich erinnere an die zweijährige Dienstzeit,
übrigens waren noch immer die Meinungen über die Länge
der Dienstzeit unter den Militärs geteilt. So gehörte schon
der Kriegsminister Bogler, ein hervorragender Vertreter der
Scharnhorstschule, zu den Anhängern einer ein bis einhalb-
jährigen Dienstzeit. Es war der spätere Kaiser Wilhelm I.,
der damals diese Herabsetzung verhinderte. (Hört, hört! bei
den Soz.) Schweden hat mit bestem Erfolg eine Dienstzeit
von 8 Monaten bis ein Jahr eingeführt, und das Deutsche
Offiziersblatt bezeichnet die schwedische Armee als im Ernst-
falle jeder Anforderung gewachsen. (Hört, hört! bei den
Soz.) Über die schweizerische Militz liegen von militärischer
Seite aus jüngster Zeit Urteile vor, die die Tüchtigkeit aller
Waffenarme der Schweizer Armee, der Infanterie, der Ar-
tillerie und selbst der Kavallerie rühmend hervorheben. (Hört,
hört! bei den Soz.) Es wird da ausdrücklich betont, daß
die Disziplin nichts zu wünschen übrig läßt. (Hört, hört!
bei den Sozialdemokraten.) Der französische General
Langlon erklärt, daß die schweizerische Heeresmacht sehr
wohl ihr Land gegen einen überlegenen Feind verteidigen
könne. (Hört, hört! b. d. Soz.) Über unsere gepriepene
deutsche Armee lauten die sachmännlichen Urteile aus jün-
ger Zeit gar nicht so hervorragend. Ein österreichischer Ein-
zier, der den letzten Wandern in Schlefien beigewohnt hat,
bezeichnet ziemlich unerbötlich den Paradezug als unzulie-
fernde Kavallerieattacke mit etwas höflicheren Worten
ungefähr so demselben Urteil wie der Oberst Gädke, der sich
im „Berliner Tageblatt“ dahin ausgesprochen hat: „Würde
man eine veraltete Kavallerieattacke im Kriege geleistet
haben, dann wäre zweifellos das ganze Reitergeschwader
vernichtet worden.“ (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Die
freikonservative „Post“ und die „Neue militärische Korre-
spondenz“ gelangen zu demselben Endergebnis. Trotzdem
hält man aus persönlicher Vorliebe immer noch an ver-
alteten, für den Kriegszustand ganz zwecklosen Übungen
fest. — Mit der Verkürzung der Dienstzeit muß die
militärische Jugendausbildung Hand in Hand gehen. Die
äußerst sozialisteneindlichen „Leipziger Neuesten Nachrichten“
haben festgestellt, daß die ausgezeichneten körperliche Aus-
bildung der japanischen Jugend viel zu Javans Kriege-
erfolge beigetragen hat. — Bei der Aushebung von Mann-
schaften wird nach meiner Auffassung etwas zu leichtsinnig
vorgegangen. Ich habe schon ausgeführt, daß manche
Leute furchtbare Missetatungen beim Militär zu erdulden
haben, bis sie herausfinden, daß sie geistig minderwertig
sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man scheint ja jetzt
Wandel eintreten lassen zu wollen, wie ich gern anerkennen
will. Hier müssen Schulen, Medizinal- und Militärbehörden
Hand in Hand arbeiten. — Nun zu dem traurigen Miß-
handlungskapitel. Ich bringe die Fälle wahrhaftig nicht
vor, um die Armee zu diskreditieren, sondern um Besserung
herbeizuführen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es sind im all-
gemeinen nicht Sozialdemokraten, die die Mißhandlungen
erleiden müssen. Wie mehrere Reichskanzler anerkannt
haben, sind die sozialdemokratischen Arbeiter durchweg zu klug
und intelligent, als daß sie sich Konflikt mit
den militärischen Vorgesetzten aussetzen. Ich erkenne
gern an, daß der Kriegsminister alles aufbietet, um
den Mißhandlungen entgegenzutreten. Aber doch lesen wir
immer und immer wieder von ganz furchtbaren, bar-
barischen Mißhandlungen. Ein Grund der Mißhandlungen
ist in den hohen und stets gesteigerten Anforderungen zu
sehen, die an die Unteroffiziere in Bezug auf Rekruten-
ausbildung gestellt werden. Auf das schärfste muß gerügt wer-
den, daß fortwährend und bei großen Armeeteilen sogar
regelmäßig die Öffentlichkeit bei Mißhandlungen-Prozessen
ausgeschlossen wird. Die Strafen, die für geradezu bestialische
Mißhandlungen verhängt werden, sind häufig genug

von einer auffallenden Milde, die im schärfsten Kontrast zu den drakonischen Urteilen steht, die gefällt werden, wenn es sich um Vergehen eines Gemeinen gegen Vorgesetzte handelt. Ein Soldat, der in betrunkenem Zustande allerhand Plebeien begangen hatte, wurde zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, während die geradezu infame Grausamkeit eines Sergeanten, der die Soldaten zwang, eiskaltes Wasser zu schöpfen, wodurch einem Soldaten die Hände erfroren, nur mit einem Jahre Gefängnis bestraft wurde. Und doch war die letzte Strafe noch verhältnismäßig hoch, wenn man sie mit anderen über Soldaten verhängten Strafen vergleicht. Die Mißhandlungen würden jedenfalls viel seltener werden, wenn man den deutschen Soldaten das selbst in der französischen Fremdenlegion vor der ich im übrigen nur bringend warnen kann (Sehr richtig! auf vielen Seiten) — bestehende Recht der Selbstverteidigung einräumte würde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der französischen Armee wird den Rekruten schon in der ersten Instruktionstunde gesagt, daß sie das Recht haben, Schläge, Tritte usw. den Vorgesetzten in gleicher Weise zurückzuschlagen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Besonders hoch ist der Prozentsatz der Mißhandlungen in der sächsischen Armee. Dort sind auch im letzten Jahre zwei Offiziere, ein Major und ein Hauptmann wegen Mißhandlungen bestraft worden. — Die abnehmende Zahl der Militärpflichtigen sollte den Kriegsminister veranlassen, mit aller Kraft auf den Ausbau der Arbeiterbeschäftigung hinzuwirken. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ebenso sollte der Kriegsminister schon des Soldatenmaterials halber den Städten bei der Auflassung von Festungstrain entgegenkommen, damit die Städte wenigstens ihren neuen Stadttellen Licht und Luft in reichlicherem Maße zukommen lassen können. — Für unseren Antrag auf die Erhöhung der Bezüge der Unteroffiziere und der Mannschaften haben sich zu unserer großen Freude die Herren Otola und Erzberger ausgesprochen. Natürlich haben unsere Gegner wieder von dem agitatorischen Zweck gesprochen. Wir sind aber schon vor 10 bis 12 Jahren für das warme Abendbrot der Soldaten eingetreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Unsere gegenseitliche Stellung zu dem ganzen Militarismus schließt keineswegs aus, daß wir für die materiellen Interessen der Soldaten und Unteroffiziere eintreten. Die nötigen 27 Millionen sind wir gern bereit, zu bewilligen, wenn sie aus direkten Reichsteuern gedeckt werden. Die Löhnung von 22 Pfg. reicht längst nicht mehr aus. In der schweizerischen Militärroutine werden bei weit besserer Verpflegung zwei bis dreimal höhere Sätze gezahlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir protestieren auf das allerentschiedenste gegen den Anflug des Sauboykotts, der jetzt auch nach schlechtem preussischen Vorbild auch in Württemberg und Bayern einzudringen beginnt. Die Sauboykotte ist die notwendige Ergänzung der Versammlungsfreiheit, die ohne sie zum bloßen Schattenbild wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten zahlen Steuern und werden den Soldaten wie die Angehörigen der anderen Parteien, wir verlangen daher, daß wir auch dieselben politischen Rechte genießen wie diese. (Lebh. Zustimmung bei d. Soz.) — Die angeblich unpolitischen Kriegervereine haben unter der Parole „gegen Zentrum, Polen und Sozialdemokratie“ in den Wahlkampf eingegriffen. Welche anderen unpolitischen Vereine, die das getan hätten. Aber wir wissen ja, daß in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verlangen die Rechtsgleichheit, wie auf allen Gebieten, so auch auf dem militärischen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. v. Odenburg (A.): Den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Soldatenbezüge lehnen wir ab. Der Antrag verfolgt lediglich agitatorische Zwecke. Mäge uns der Herr Kriegsminister eine solche Erhöhung vorschlagen, da werden wir dafür stimmen. Herr Vebel hat wieder von Schweden und der Schweiz gesprochen. Schweden und die Schweiz gehen uns erstens nichts an und zweitens würden sie bei einem Kriege mit einer Großmacht doch über den Haufen gerannt werden. (Heiterkeit rechts.) Die Sozialdemokratie ist eine Spekulation auf die Dummheit, die deutsche Armee und die deutsche Marine aber sind die ersten Erziehungsanstalten der ganzen Welt. (Stärm. Hf. b. d. Soziald. Beifall rechts.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Hr. v. Salza befreit, daß in Sachsen die meisten Militärmißhandlungen vorkommen.

Dr. Müller-Weininger (Apt.): Wir werden jetzt wie früher alle Militärforderungen lapidari prüfen. Die Nachautoritäten stehen uns allerdings höher als Herr Vebel. Herr Vebel schwärmt für die schweizerische Miliz; seine schweizerischen Parteifreunde aber bezeichnen die dortige Miliz als eine kapitalistische Söldnertruppe. (Hört, hört! und Heiterkeit beim Block.) Dagegen stimmen wir für die Zentrumsvorlesung auf Vortrefflichkeit der Soldatenbriefe; auch der sozialdemokratischen Resolution auf Erhöhung der Soldatenlöhne stimmen wir zu und tadeln den albernen Sauboykott ebenso wie der Abg. Vebel. — Gegen das Eitersgeschwür der Wucherung der Offiziere wie gegen die Spielwut muß vorgegangen werden. — Wir bedauern, daß die Konserwativen, die sich doch theoretisch gegen die Soldatenmißhandlungen erklärt haben, nicht für unsere Resolution stimmen wollen. Die Dessenlichkeit des Militärgerichtsverfahrens ist noch immer vielen Offizieren ein Grauel; mit einem gewissen Raffinement wird zu verhindern gesucht, daß die Presse überhaupt erfährt, wann eine Verhandlung stattfindet. (Sehr wahr! links.) Auf den Kontrollversammlungen wird immer zuviel Politik getrieben. Mit den Strafen bei Kontrollversammlungen, die oft wegen lächerlicher Ursachen verhängt werden, schafft man nur Märtyrer und fördert die Sozialdemokratie. (Beifall b. d. Freiz.)

Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Bg.) spricht sich gegen das Institut der Einjährig-Freiwilligen, für Erhöhung der Soldatenlöhne und für bessere Zahnpflege in der Armee aus, und vertraut gegenüber der Isolierung Deutschlands auf Gott und das Heer. Sie mögen kommen. (Bravo! rechts.)

Kriegsminister v. Einem: Die Soldatenzähne in der deutschen Armee sind anerkannter Weise tadelloß. Die Mißhandlungen halten wir genau so wie der Abg. Vebel für einen Krebsknoten der Armee. Die Zahl der Mißhandlungen ist aber fortwährend heruntergegangen. Nach den Äußerungen des Dr. Karl Liebknecht können wir uns dem Verdachte nicht verschließen, daß die Herren ihre Klage nur vorbringen, um Agitation zu treiben. (Zuruf des Abg. Vebel.) Wenn es Ihnen mit der Beseitigung der Mißstände ernst ist, so belämpfen sie solche Bücher wie die des Dr. Liebknecht. (Abg. Vebel: Das habe ich auf dem Parteitage getan.) — Redner ergeht sich in längeren Ausführungen über die Bemerkung der Offiziere. Ich habe angeordnet, daß auf den Kriegsschulen Kurse über Wechsellrecht gehalten werden. (Schallende Heiterkeit.) Die Einstellung geistig Minderwertiger in das Heer werden wir nach Möglichkeit vermeiden. Die Voraussetzung einer weiteren Tendenz auf Verkürzung der Dienstzeit würde das willige Eintreten aller in die Armee sein. Aber gerade hier ündigt die Sozialdemokratie. Der Soldat braucht den besten Willen von der Welt. Gute Behandlung hat er bei uns. (Sachen bei den Soz.) Sagen Sie den Soldaten nicht, du bist ein Sklave, sondern du gehst in die Kaserne, um deine höchste Pflicht, die Vaterlandverteidigung, zu erfüllen. (Lebh. Hf. rechts, Lachen bei den Soz.)

v. Liebert (Apt.): Den agitatorischen Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung der Bezüge der Mannschaften lehnen wir ab. An den Soldatenmißhandlungen ist die sozialdemokratische Agitation schuld. (Windemald (Ant.): Wir müssen unsere Armeen auf der Höhe halten, namentlich jetzt, wo Freund Ecuard liberal herumreist. Vebel: Das liegt in der Familie! Heiterkeit.) Kleine Garnisonen müssen wir haben. Kriegsminister v. Einem: Die sollen sie haben! (Bravo! rechts.) Hierauf wird ein Vertagungsantrag Kompeßh-Müller-Weininger-Singer angenommen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Vebel (Ed.): Was dritte Personen außerhalb des Hauses in Bezug auf Soldatenmißhandlungen gesagt haben oder noch sagen werden, ist für unsere Fraktion in keiner Weise maßgebend. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein lauer Straftäter ist von der Preussischen Strafkammer an einem Arbeiter überaus hart geurteilt worden. Der Zigarrenmacher Emil Steinberg, Einwohnstraße 80 wohnhaft, erschien am 25. Januar bei der Reichstagswahl im Wahllokal auf der Kleickaustraße, um zu wählen. „Sie stehen nicht in der Liste“, bemerkte der Vorsteher, nachdem er den Namen unter der betreffenden Hausnummer vergeblich gesucht hatte. Einer unserer Genossen, der im Lokale mit der Führung einer Liste betraut war, fand im gleichen Augenblick den Namen Steinberg unter Einbaumstraße 28 und rief dies dem Wahlvorsteher zu. Der zur Wahl Erschlenen sagte hierauf: „Dann bin ich es“ und löste nun sein Wahlrecht aus. In dem Hause Nr. 28 wohnt aber ein Schuhmacher Albert Steinberg, der in die Liste eingetragen war, und für diesen hatte nun der Zigarrenmacher zu Unrecht das Wahlrecht ausgeübt. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis, wobei es die erlittenen Vorstrafen des Angeklagten in Betracht zog.

Aus Nah und Fern.

Matthias Stinnes f. Wie aus Köln gemeldet wird, ist der Großindustrielle Matthias Stinnes gestorben. Der Verstorbene war in den letzten Jahren eine der in der industriellen Welt weitgenannten Persönlichkeiten. Im Verein mit Thyssen stand er im Mittelpunkt der Monopolbestrebungen in der Großindustrie. Seine Familie, deren führender Haupt er war, ist an zahlreichen Unternehmungen beteiligt oder hat sie ganz in Besitz. Durch seine Brüder, die er in Duzende Aufsichtsräte hineinbrachte, übte er in den meisten Großunternehmen nachhaltigen Einfluß aus und die Verbindungen dienten natürlich auch den Familienunternehmungen der Stinnes. Er ist auch die Seele des Essener Elektrizitätswerkes, durch das er eine Monopolisierung in der Energieversorgung des ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebietes anstrebte. Matthias Stinnes war schon seit Jahren magenleidend, aber trotzdem ein Mann von seltener Energie und Unbeugsamkeit. Er stammt aus einer Schifferfamilie und sein Vater stand der Sozialdemokratie sympathisch gegenüber. Die Parteikasse in Mülheim a. d. Ruhr hat dafür einigemal den Beweis erhalten. Matthias Stinnes hat sich mit der wachsenden wirtschaftlichen Macht zu einem Herrenmenschen ausgewachsen, der auch der Regierung gegenüber den Grundlag vertrat: Der Privatkapitalist kann mit seinem Besitz ganz nach freiem Ermessen schalten und walten! Das höhere Interesse des Volkes der Gesamtheit müßte nach seinen sozialen Anschauungen dem Willen der Herrenmenschen, des Privatkapitals sich unterordnen. Das hat er bewiesen bei dem Konflikt auf Seche Bruchstraße im Dezember 1904, dem Ausgangspunkte des letzten großen Bergarbeiterstreiks. Stinnes verlangte bedingungsloslose Unterwerfung; Verhandlungen vor dem Berggewerbedeputierten lehnte er ab. Und dann kam, was kommen mußte! In der letzten Zeit hat Stinnes von sich reden gemacht durch den Streich, den er unseren Essener Genossen gespielt hat. Es gelang ihm, den Besitztitel für ein Grundstück zu erwerben, auf dem unsere Genossen mit dem Bau eines Gewerkschaftshauses und einer eigenen Druckerei schon begonnen hatten. Was ein Parteihaus werden sollte, wird nun ein Verwaltungsgebäude der Stinneschen Zechen. Damit hat er sich bei den Essener Genossen ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Wegen Anstretens der Genickstarre hat die Behörde die Schließung einer Schule in Recklinghausen angeordnet. Zur Zeit zählt man dort 18 Erkrankungs-fälle.

Begnadigt. Der Doppelmörder Müller, ehemaliger Lehrer in Nürnberg, der im März d. J. zum zweiten Male zum Tode verurteilt wurde, ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

Vom Automobil totgefahren. In Dresden wurde am Stübelpfad der auf der Lieberter Straße in der Vorstadt Cotta wohnhafte Zementarbeiter Böcker und seine Ehefrau von einem dem Kaufmann Becke gehörigen, von dessen Chauffeur geleiteten Automobil Nr. 980 überfahren. Beide wurden in das Johannisstädter Krankenhaus gebracht, wo die Ehefrau bald danach ihren schweren Verletzungen erlag, während der Ehemann schwer verletzt daniederliegt.

Die Auskunft stimmt. Ein Schutzmännchen in Frankfurt am Main tritt auf ein Stück Orangenschale und schlägt heftig auf das Straßenpflaster hin. Nachdem er sich wieder aufgerappelt, meint er: „Jetzt gab' ich aber wirklich was drum, wenn ich wüßte, wer der Stück Schale dahingeschmissen hat.“ „Wenn Se mer ein Große gewwe, nachander jog' ich's Ihne,“ sagt ein Sachsenhäuser Junge, der den Unfall mit angesehen hatte. „Hier, mein Sohn, haite einen Froschen.“ Sprach der Schutzmännchen, „weißte's denn doch sicher?“ „No naderlich! Wer soll's dann wohl ammerscht gewez sein, als der, der die Orang' geschält hott!“ Und eilenden Laufes verschwand der Junge um die nächste Ecke.

Ein Großfeuer ist im Arsenal von Toulon (Frankreich) ausgebrochen. Nahezu 30 Marine-Offiziersschaften sind bei den Rettungsarbeiten verunglückt, darunter drei schwer. Man fand eine Leute. Viele wichtige Modelle sind vernichtet.

Die Strandung des Dampfers „Berlin“. Der Beschluß des Londoner Seeamtes in Bezug auf die Strandung des Dampfers „Berlin“ besagt, daß das Schiff beim Verlassen des Ausgangshafens in gutem Zustande und mit Rettungsgürteln ausgerüstet gewesen sei. Der Grund der Strandung liege in einem Irrtum des verunglückten Schiffes bei dem Versuch, in den Kanal unter den herrschenden Wetterverhältnissen einzulassen, und in der Unterschätzung der Flutstärke. Die schwere See habe es den Rettungsmannschaften unmöglich gemacht, an das Schiff heranzukommen. Jedenfalls sei aber alles, was nötig gewesen sei, in jeder Richtung geschehen. Das Schiff sei zu

allen in Betracht kommenden Zeiten mit der erforderlichen seemännischen Umrüstung versehen und gefahrt worden. Ein neuer Taifun in der Südsee. In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags am Dienstag teilte Kolonialdirektor Dornburg folgendes, von S. M. S. „Planet“ aus Jap eingegangenes, vom 18. April datiertes Telegramm mit: Ein Taifun paßierte die Nuthi-Inselgruppe. Kein Mensch getötet oder verletzt. Die Kokospalmen wurden zur Hälfte zerstört, die übrigen stark beschädigt. Der Nahrungsmittelvorrat ist weggewaschen. Die Eingeborenen haben auf zwei Jahre keine Nahrungsmittel. Der „Planet“ landet gegen die drohende Hungersnot Reis und nahm 114 Eingeborene mit.

Die Pest in Indien. In englischer Unterhaufe teilte der Staatssekretär für Indien, Morley, auf eine Anfrage mit, daß die Zahl der Todesfälle an Pest in Indien vom September 1896 bis zum 31. März 1907 rund 5012000 betrug. Die Zahl der Todesfälle war im Januar 1907 58438, im Februar 98397 und im März 171523. Die am meisten betroffenen Provinzen sind Pundschab, Bengalen, Bombay und die vereinigten Provinzen von Agra und Oudh.

Monarchismus auf dem Schweinehinter. Ein Leipziger Fleischwarenhändler veröffentlicht folgendes Inserat:

Appetitlich wirken bei allen Feiertagessen die von mir als Spezialität geführten Schinken mit Photographie hochtörender Persönlichkeiten (Deutscher Kaiser, Kaiserpaar, König Friedrich August, Bismarck.) Preis je nach Gewicht. Man will offenbar den Deutschen die Monarchen geneßbar machen. Schade nur, daß gerade die Proletarier so wenig Gelegenheit haben, diesen Weg zum Patriotismus zu gehen, weil der Schinken zu teuer ist. Oder viellecht entschließt man sich, im Interesse der guten Sache, derartige Schinken von Reichs wegen billiger herzugeben.

Eine Ballonfahrt über die Nordsee.

Über die Luftfahrt, die Dr. Kurt Wegener in Gemeinschaft mit Dr. Adolf Koch von Bitterfeld in der Provinz Sachsen bis nach Leicester in England mit glücklichstem Erfolge zurücklegte, teilt der Luftschiffer nunmehr interessante Einzelheiten mit.

„Beim Aufstieg,“ so erzählt Dr. Kurt Wegener, „ging unsere Absicht eigentlich dahin, eine möglichst große Höhe zu erreichen. Falls dies jedoch aus meteorologischen oder anderen Gründen nicht möglich sein sollte, so wollten wir uns auch mit der Überwindung einer recht weiten horizontalen Distanz begnügen. Unser ziemlich großer Ballon war mit Wasserstoffgas gefüllt, dessen Tragkraft ungefähr viermal so stark ist, wie die des gewöhnlichen Leuchtgases. Wir hatten einen großen Kalkstovrat an Bord, und unser Proviand, der hauptsächlich aus Fleisch, Eiern, Butterbrot, Tee und Kaffee bestand, war für zwei Tage bemessen. Als wir abends anliegen, war es bereits dunkel und ein frischer Südostwind blies. Es zeigte sich bald, daß wir nicht besonders hoch würden steigen können, und wir ließen uns statt dessen vom Winde quer über Deutschland hintreiben.

Wenn wir über Städte und Dörfer dahinjagten, schimmerten Hunderte und Tausende von blinkenden Lichtern zu uns herauf, und der rot beleuchtete Nebel schwamm wie ein purpurglühendes Meer über die dunklen, steinernen Häufchen wästen. Gegen 10 Uhr kürnten die schwarzen Felsmassen und schroffen Fichtenhöhen des Harzes sich vor uns auf, und um unser Luftschiff nicht daran zerbrechen zu lassen, warfen wir genügend Ballast aus, um gefahrlos über die Gipfel und Wipfel hinweg getragen zu werden. Unberührt stranden etwa dauerte unser Höhenflug, quer über Berg und Tal. Dann mit einem Male fanden wir, daß wir unsern Kurs vollständig verloren hatten. Ohne eine Ahnung davon, wo wir uns befanden, flogen wir weiter in die rabenschwarze Nacht hinaus. Nur so viel konnten wir aus der süklichen Wüchrichtung mit einiger Sicherheit schließen, daß wir uns mit großer Geschwindigkeit der Küste näherten. Bei Tagesanbruch wurde dieser Schluß durch den Augenschein bestätigt. Tief unter uns erblickten wir im Dämmerlicht die grünen Wiesen und silbernen Kanäle der Ebene von Holland. Als wir die Nordsee erreichten, verhielte dichter Nebel den Blick in die Tiefe, und obwohl das Brausen der Küstenbrandung uns gegen Mittag verriet, daß das Meer hinter uns und das bräunliche Inselreich vor uns lag, so wußten wir doch zuerst nicht, wo wir in unserem Luftschiff den Strand von England überquert hatten. Bald aber erkannten wir, daß wir über Cromer, nördlich von Yarmouth, an der Küste von Norfolk, schwebten, und ein wenig weiter landeinwärts zerrann der grauweisse Nebelschleier, und unseren Augen erschloß sich ein wundervolles Panorama. Keiner von uns beiden war vorher je in England gewesen, und wir waren entzückt vom Anblick seiner hügeligen Wiesenlandschaft, in deren Mitte Dörfer und Städtchen mit ihren schmucken roten Ziegeldächern sich so sauber und freundlich ausnahmen.

In der Nähe von Leicester entschlossen wir uns, dieser anmutigen Landschaft menschlich näher zu kommen, und rüsteten uns zum Abstieg. Bei einem Sturz hätte uns nach so ungemein glücklicher Fahrt dabei gutertelegt noch ein Unfall ereilt. Einer Kraftmaschine, die eine Anzahl Motorwagen einen Feldweg entlang zog, vermochten wir beim Landen nur mit Mühe auszuweichen. Kaum war uns das gelungen und der Ballon auf einem Felde daneben niedergegangen, als er, während wir aussteigen wollten, von einem Windstoß getroffen, noch einmal aufstieg und uns unter der Gondel begrub. Jedoch kamen wir mit einigen Pfüßen und geringem Schaden unserer Ausrüstung davon. Gleich darauf waren Feldarbeiter hilfreich zur Stelle und ein benachbarter Gutsbesitzer, Mr. Johnson, gab uns in seinem Hause die erste Probe englischer Gastfreundschaft.“ Die Entfernung von Bitterfeld nach Leicester beträgt 500 englische Meilen oder 880 Kilometer. Der Wegener'sche Ballon ist der erste, dem die Fahrt von Deutschland nach England gelang.

Handels- und Markt Nachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 24. April.
Bauern-Butter Pfd. 1,05—1,10 Mt., Meierei-Butter Pfd. — 1,20 Mt., Hagen — Mt., Enten 4,00—4,50 Mt., Hüchner 2—2,80 Mt., Ruten Stk. — Mt., Lauben Stk. 0,60 Mt., Gänse Pfd. — Mt., Flügeln — Mt., Schweinskopf Pfd. 0,60 Mt., Schinken Pfd. 0,92—1,00 Mt., Brust Pfd. 1,80 Mt., Eier 11 Stk. 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1,20—2,40 Mt., Karasische Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barische Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mt., Hertinge 5 St. 10 Pfg., Dorche genüg., Trachsen Pfd. — Pfg., Gemüße genüg., Blumenkohl, d. Kopf 0,40—0,50 Mt., Aepfel, beste Gravensteiner, pr. 100 Pfd. — Mt., verschiedene pr. 100 Pfd. — Mt., Pfäulen, pr. 100 Pfd. — Mt., Kirschen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mt., Gurken 100 Pfd. — Mt., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 5.— Mt., Kohl, 100 Pfd. 4.— Mt., Süßwasserfische genüg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Wegener & Co. Sämtlich in Lübeck.